

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.19 - 64. Jahrgang

4. Oktober 2014

Felgentreu begrüßt Elterngeld Plus

Der Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu hat die Einführung des Elterngeldes Plus in einer Rede im Bundestag begrüßt.

„Wenn wir feststellen, dass junge Leute das Gefühl haben sich zwischen Familie und Beruf entscheiden zu müssen, dann ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass genau diese Entscheidungssituation sich in Luft auflöst“, so Felgentreu. „Deshalb hat Familienministerin Schwesig das Elterngeld Plus auf den Weg gebracht. Wenn sich beide Eltern um die Kinderbetreuung kümmern und dennoch gleichzeitig Teilzeit arbeiten wollen, sollen sie ab 2015 doppelt so lange Elterngeld bekommen. Denn es darf nicht sein, dass ein Ja zur Familie mit einem Nein zur Karriere erkauft werden muss. Mit dem Elterngeld Plus tun wir jetzt etwas für die Paare, die sich beides – Beruf und Familienzeit – partnerschaftlich teilen wollen. Das Elterngeld Plus macht Frauen ökonomisch unabhängiger, weil es ihre Berufstätigkeit erleichtert. Zudem fördert es die Gleichstellung von Mann und Frau weil es die gleichen Anreize enthält in Teilzeit zu arbeiten.“ **BS** □

Klaus Wowereit: „Hilfe für Flüchtlinge“

Angesichts steigender Zahlen von Flüchtlingen hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit zu verstärktem bürgerschaftlichem Engagement aufgerufen.

Es trete jetzt eine Situation ein, „in der die Stadt ihre Weltoffenheit und Toleranz, aber auch ihre Solidarität in schwierigen Situationen unter Beweis stellen kann und muss“, so Wowereit. Auf <http://www.berlin.de/buergeraktiv>, dem Engagement-Portal der Senatskanzlei, finden Sie eine Übersicht verschiedener Initiativen und Aktionen in Ihrer Nähe. **BS** □

Mitgliedervotum:

Fairer Wettbewerb

Gut besuchte Foren mit den Kandidaten - Quorum erreicht

Sie geben sich gegenseitig Beifall oder sprechen sich Anerkennung aus: Auf den Mitgliederforen der Berliner SPD zeigen Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß, wie fairer Wettbewerb geht. Dabei bleiben sie dennoch unterscheidbar - persönlich wie politisch.

Das Interesse der Mitglieder an der Entscheidung ist groß. Das erste Forum fand im völlig überfüllten Willy-Brandt-Haus vor gut 700 Mitgliedern statt. Für das zweite Forum in der Alten Pumpe in Tiergarten am Mittwoch hatten sich mehr als 330 Mitglieder angemeldet. Zwei weitere Foren in Karlshorst und im Wedding folgen am 8. und 14. Oktober. In den Fragerunden auf den Foren wurden Themen der Stadtentwicklung, der Sozial- und Wirtschaftspolitik angesprochen, es ging um Politikstil und persönliche Erfahrungen.

Bereits nach einer Woche hat das Mitgliedervotum der SPD die notwendige Mindestbeteiligung von 20 Prozent erreicht. Von den rund 17.200 SPD-Mitgliedern hatten bis zum Montag bereits 3940



Stellen ihre Ziele auf den Mitgliederforen vor: Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß.

Foto: Horb

ihre Stimmzettel zurückgeschickt. „Das zeigt: Unsere Mitglieder nehmen es gern an, an Personalentscheidungen unmittelbar beteiligt zu werden. Damit setzt die SPD in Berlin neue Standards“, so SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner. Bis zum 17. Oktober um Mitternacht müssen alle Wahlbriefe eingegangen sein. Am 18. Oktober wird im Kurt-Schumacher-Haus ausgezählt. **siehe auch Seite 3 - 4**

#digitalleben

SPD startet Programmprozess zur digitalen Gesellschaft

Auf dem Parteikonvent am 20. September hat die SPD mit dem Dialogprozess #digitalleben begonnen.

Digitalisierung ist kein Thema nur für Programmierer, Blogger oder für die junge Generation. Die digitale Revolution ist vor allem der bedeutendste gesellschaftliche Umbruch dieses Jahrhunderts. Und darum sollen sich auch möglichst viele Menschen an #digitalleben beteiligen.

Es geht um die Frage: „Wie verändert das Internet unser Leben?“ Und: Wie soll sie aussehen, die Gesellschaft von morgen? Antworten, Hinweise und Vorschläge nimmt die SPD in ihre Programmarbeit auf. So wird es Diskussionsveranstaltungen geben, eine internationale Konferenz, ver-

netzte Bürgerkonferenzen und die Möglichkeit sich direkt online an dem Prozess zu beteiligen. Zentraler Ort für die Erarbei-

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT NACH DEM
MITGLIEDERVOTUM AM 25. OKTOBER 2014.
IHRE REDAKTION

tung des netzpolitischen Programms ist ein neu gegründeter Programmbeirat. Bis September 2015 sollen Grundsatzpapiere zu verschiedenen Themen erarbeitet werden. Im Dezember soll der Bundesparteitag das SPD-Programm für die Digitale Gesellschaft beschließen. **BS** □

Europa:

„Die Gründe untersuchen“

Sylvia-Yvonne Kaufmann zum „Nein“ von Schottland

Mehr als vier Millionen Wahlberechtigte stimmten am 18. September 2014 über die Frage der Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich ab. Das Ergebnis wurde weltweit mit Spannung erwartet. Sogar US-Präsident Barack Obama setzte einen Tweet ab, in dem er seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass das Vereinigte Königreich vereint bleibe. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, zeigten sich nach Bekanntgabe des Ergebnisses erleichtert. 55,3 Prozent der Wählerinnen und Wähler hätten sich für einen Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich und damit das Fortbestehen der seit mehr als 300 Jahren existierenden Union mit England ausgesprochen.

Was sind also die Lehren für Europa aus dieser Entscheidung, die letztendlich deutlicher ausfiel als es die letzten Umfragen andeuteten? Wenn Unabhängigkeitsreferenden einvernehmlich beschlossen werden, wie im Falle Schottlands zwischen den Regierungen in Edinburgh und London geschehen, handelt es sich um innerstaatliche Angelegenheiten. Daher hätte es sich im Falle einer Mehrheit für ein „Ja“ auch nicht um eine einseitige Abspaltung Schottlands vom Vereinigten Königreich gehandelt.

Schon vorab wurde in der Europäischen Union darüber diskutiert, welchen Status ein neuer schottischer Staat innerhalb der EU haben würde. Hätte es einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen müssen? Mit welcher Währung hätten die Schotten in Zukunft bezahlt? Welche Auswirkungen hätten sich für die Rolle „Klein-Britanniens“ in der EU ergeben?

Diese Fragen sind mit dem „Nein“ zur Unabhängigkeit zwar hinfällig geworden,



Sylvia-Yvonne Kaufmann wurde im Mai in das Europäische Parlament gewählt. In der Berliner Stimme wird sie regelmäßig über die aktuelle Arbeit informieren. Foto: Horb

aber bei aller Erleichterung, so einfach sollten wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir sollten uns genauer mit den Gründen beschäftigen, die in vielen europäischen Regionen Unabhängigkeitstendenzen haben entstehen lassen. Häufig sind es gerade wohlhabende Regionen, die sich vom „Rest“ ihres Landes abspalten wollen. Die Unabhängigkeitsbestrebungen sind dabei nicht das eigentliche Problem. Sie sind vielmehr ein Symptom, das im Kern ein wachsendes wirtschaftliches und soziales Ungleichgewicht zwischen den Regionen in den EU-Mitgliedstaaten zur Ursache hat.

Europa ist daher in der Pflicht, neben einer Konsolidierung der nationalen Haushalte auch nachhaltige Wachstumsstrategien zu fördern. Zielgerichtete Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung müssen die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem bei jungen Menschen in Europa, bekämpfen und auf den Abbau sozialer Ungleichgewichte sowohl zwischen den Menschen als auch den europäischen Regionen hinwirken.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

„EU-Standards erhalten“

SPD nennt Bedingungen für TTIP und CETA

Klare Bedingungen für eine Unterzeichnung der Freihandelsabkommen TTIP und CETA hat der SPD-Parteikonvent am 20. September formuliert. Bedenken waren auch von der Berliner SPD formuliert worden.

„Freihandelsabkommen zwischen derart großen Wirtschaftsräumen wie den Vereinigten Staaten von Amerika und der EU eröffnen die Chance, die bilateralen Handelsbeziehungen zu intensivieren und dabei fair und nachhaltig zu gestalten“, so der

SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup. Aber er nennt auch Bedingungen, etwa ein hohes Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzniveau und die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in der EU. „Die bewährten deutschen und europäischen Standards dürfen in einem Abkommen nicht abgesenkt werden. Ich bekräftige meine Kritik an Investor-Staatschiedsverfahren. Zwischen entwickelten Rechtssystemen sind sie entbehrlich.“

PM □

FES lädt zum Filmabend mit Mo Asumang

Zu einem Filmabend mit der Filmemacherin Mo Asumang lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. Oktober. Zu sehen ist ihr Dokumentarfilm „Die Arier“.

„Arier“ ist nach wie vor ein Schlüsselbegriff in der Hetze und Gewalt gegen Menschen anderer Religion, Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung. Die afrodeutsche Filmemacherin Mo Asumang, die selbst schon zum Ziel einer Morddrohung der sogenannten „White Aryan Rebels“ wurde, versucht auf einer persönlichen Reise herauszufinden, was hinter dieser Herrenmenschenideologie steckt. Sie begibt sich zu Pseudo-Ariern auf Nazidemos, reist zu den wahren Ariern in den Iran und trifft sich in den USA mit berüchtigten Rassistens, darunter auch Mitgliedern des Ku Klux Klans.

Der Dokumentarfilm Die ARIER, eine gemeinsame Produktion des ZDF mit dem Fernsehsender arte, ist eine tour de force in die Abgründe des weltweiten Rassismus. Er wurde 2014 mit mehreren nationalen und internationalen Preisen ausgezeichnet. Im Anschluss an die Filmvorstellung wird das Thema auch in seiner globalen Dimension auf einer Podiumsdiskussion vertieft.

➡ 21. Oktober 2014, 17:30 Uhr: Von falschen und echten Ariern. Ein Filmabend mit Mo Asumang. Thematische Einführung von Dr. Ralf Melzer, Friedrich-Ebert-Stiftung. Auf dem Podium nach der Filmvorführung: Shelly Kupferberg (freie Journalistin) im Gespräch mit der Regisseurin Mo Asumang, Thomas Heppener (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und Ryan Lenz (Southern Poverty Law Center, Montgomery/Alabama)

➡ Anmeldung bis spätestens zum 11.10.2014 erbeten per E-Mail an: forum.cy@fes.de oder per Fax: 030 269 35-9242, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Aboservice: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORREkt Mailingservice Berlin



Kompetent, fair und unterscheidbar

Rund 17.200 Stimmzettel können beim Mitgliedervotum der Berliner SPD abgegeben werden. Und die bisherigen Teilnehmerzahlen an den Mitgliederforen und den Veranstaltungen in den Kreisen sprechen für ein großes Interesse und eine entsprechend hohe Wahlbeteiligung.

Für Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß, die drei Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, gibt es derzeit viele Gelegenheiten, Mitglieder zu treffen und zu überzeugen. Eins haben sie dabei auch erreicht: Sozialdemokratische Stadtpolitik ist Thema in Berlin, nicht nur auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos, bei Kreisdelegiertenversammlungen, Festen oder Mitgliederforen, auf denen die drei meist zusammen auftreten. Das Mitgliedervotum und die drei Kandidaten führen fast täglich zur Berichterstattung in den Tageszeitungen, im Hörfunk und den Fernsehnachrichten. Zahlreiche Interviews und Positionspapiere sind inzwischen erschienen, Unterstützer melden sich zu Wort. Dabei werden nicht nur Unterschiede deutlich, sondern auch die Gemeinsamkeiten und die verbindenden Grundwerte.

Auch auf dem ersten Mitgliederforum am 23. September betonten die drei Kandidaten ihre gemeinsamen Überzeugungen und die Notwendigkeit, nach der Entscheidung rasch zusammenzufinden. Zu Beginn hatte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Mark Rackles die „enorme Leistung von Klaus Wowereit für die Sozialdemokratie und diese Stadt“ betont. Er erinnerte an die Zeit vor Klaus Wowereit und das Wort Harry Ristocks vom „Mehltau“, der auf der Stadt liege. „Nach all den Jahren ist aus dem Mehltau so etwas wie Goldstaub geworden“, sagte Rackles.

Es war ein Abend der lebendigen Demokratie im Willy-Brandt-Haus: Über 800 Mitglieder hatten sich angemeldet, mindestens 700 kamen und fanden Einlass. Viele standen auf den Gängen an der Seite und verfolgten eine spannende Vorstellungsrunde, in der Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß jeweils eigene Akzente setz-



Die Mitglieder entscheiden: Auf zahlreichen Veranstaltungen - wie hier beim Mitgliederforum im Willy-Brandt-Haus stellen Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß derzeit ihre Ziele und politischen Vorstellungen vor.

ten und zahlreiche Fragen aus der Mitgliedschaft beantworteten.

In kurzen Vorstellungsrunden, die den Abend eröffneten, erläuterten die drei Kandidaten ihre Motivation zur Kandidatur. Michael Müller verwies auf Erfolge der vergangenen Jahre, auf die Erfahrung, die er einbringen könne und benannte zugleich Herausforderungen wie die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen und Arbeitsplätzen, die jetzt anzupacken seien. Raed Saleh betonte auch mit Blick auf den eigenen Lebensweg den Aufstiegswillen und die sozialdemokratische Forderung, Bildung für alle zu ermöglichen, kein Kind zurückzulassen und wirksam gegen die Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Quartieren vorzugehen. Jan Stöß forderte angesichts einer sich ständig verändernden Stadt den Mut zur Veränderung ein, sprach sich für gezielte Investitionen in die wachsende Stadt aus und für eine gerechtere Verteilungspolitik.

In der anschließenden Fragerunde, die von der Moderatorin Diane Hielscher zunächst mit eigenen Fragen eingeleitet wurde, ging es um die Motivation der Kandidaten, in die SPD einzutreten, um die ersten Vorhaben als Regierender Bürgermei-

ster, um ihre Ziele im Kulturressort. Danach blieb viel Raum für Fragen von Mitgliedern.

Michael Müller, mit 17 in die SPD eingetreten, nannte als Motiv für sein Engagement die seit 150 Jahren gültigen Grundwerte der Sozialdemokratie Freiheit und Gerechtigkeit, aber auch das für ihn wesentliche Element, den Frieden, der gerade jetzt wieder stärker an Bedeutung gewinnt. Hier kritisierte er u.a. Äußerungen von Bundesverteidigungsministerin von der Leyen zu Auslandseinsätzen.

Auch Raed Saleh, von Diane Hielscher nach neuen Rezepten für den Wahlerfolg 2016 befragt, verwies auf die Tradition: Es gehe nicht immer um neue Rezepte, manchmal müsse man auch die Linie, die die SPD seit 150 Jahren ausmacht, konsequent weiter folgen. Es gehe darum, „all das, was man tut, glaubwürdig zu tun“. Als Kernbotschaften nannte Saleh u.a. die Aufstiegsmöglichkeit für alle, „klare Grenzen für ein Miteinander“ und eine starke Wirtschaft.

Von Diane Hielscher nach seinen Plänen für den BER befragt, bezeichnete Jan Stöß die Baustelle als das „wahrscheinlich wichtigste Thema, das wir bis 2016 bewältigen müssen“. Zwei Aspekte seien ihm dabei wichtig: Es müsse eine andere Zusammenarbeit mit dem Nachbarn in Brandenburg geben. Beide Länder seien mit 37 Prozent an dem Projekt beteiligt, sie müssten an einem Strang ziehen. Er wolle mit Dietmar Woidke darüber Einvernehmen erzielen. Klaus Wowereit dankte er dafür, dass er sich mit ungeheurem Engagement für den Bau eingesetzt habe, er habe dafür einen hohen politischen Preis gezahlt. Benötigt werde eine Struktur auch in der Senatskanzlei, „die die besten Leute aus der Berliner Verwaltung zusammenführt, um dieses Projekt zum Erfolg zu bringen“.

Raed Saleh bezeichnete es als großes Pro-



Erstes Mitgliederforum im Willy-Brandt-Haus: Rund 700 Mitglieder waren gekommen, um sich ein eigenes Bild von den Kandidaten zu machen.

Foto: Horb

Fortsetzung auf Seite 4



Kandidaten mit Überzeugungskraft: Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß auf dem ersten Mitgliederforum.

Fotos: Horb

blem, dass sich viele Menschen die Stadt nicht mehr leisten können und verdrängt werden. „Das ist nicht gerecht. Berlin muss für alle bezahlbar bleiben.“ Mit der CDU, so Saleh, müsse jetzt eine Umwandlungsverordnung ausgehandelt werden.

Als ein großes Problem, das ihm Sorge bereite, bezeichnete Michael Müller die Entwicklung der Parteienlandschaft und die Zunahme rechtsradikaler Übergriffe. „Da müssen alle gesellschaftlichen Kräfte zusammenstehen.“ Als weitere wichtige Aufgabe nannte Müller den Wohnungsbau: „Wohnen ist keine Ware.“ Gleichzeitig mit dem Neubau müsse aber auch die notwendige Infrastruktur entstehen.

➔ Der Mitschnitt des ersten Mitgliederforums steht auf dem Youtube-Kanal der Berliner SPD zur Verfügung: www.youtube.com/spdberlin

Unterstützung für die Kandidaturen

Mit eigenen Facebookseiten und Unterstützer-Websites werben Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß auch im Internet für ihre Ziele.

Auf www.jan-stoess.de sprechen sich u.a. Jutta Limbach oder Michael Sommer für den SPD-Landesvorsitzenden als Regierenden Bürgermeister aus. Wolfgang Thierse oder Petra Merkel bekennen sich auf der Seite www.wir-fuer-mueller.de zur Wahl des Stadtentwicklungssenators als Regierendem Bürgermeister. Auf www.raed-saleh.de stellt der SPD-Fraktionsvorsitzende seine Positionen dar. In einem Zeitungsbeitrag hat sich u.a. der Historiker Michael Wolffsohn für ihn ausgesprochen, im Video auf youtube wirbt die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt.

Unter dem Titel „Mut zur Erneuerung“ hat Jan Stöß am Montag auf einer Pressekonferenz ein „100-Tage-Programm“ vorgelegt, das er bei einer Wahl zum Regierenden Bürgermeister umsetzen will. Darin

stellt er ein Zukunftsinvestitionsprogramm vor, und ein Staatssekretär in der Senatskanzlei soll für Infrastruktur zuständig sein.

In Interviews und Stellungnahmen haben auch Raed Saleh und Michael Müller ihre Vorstellungen konkretisiert. „Solides Regieren im Dialog mit der Bürgergesellschaft“ gehört für Michael Müller zu den wichtigen Zielen, ebenso wie „Solide Finanzen, nachhaltig investieren aber keine Politik auf Pump“. Auch Raed Saleh setzt sich für die Fortführung des Konsolidierungskurses ein. Eine Politik für die ganze

Stadt zu machen, bedeutet für den Fraktionsvorsitzenden auch eine Suche nach dem Gemeinsamen.

Am 8. und 14. Oktober gibt es zwei weitere Gelegenheiten, alle drei Kandidaten auf einem Mitgliederforum zu erleben.

Stimmzettel jetzt abschicken!

Es wird Zeit, an die Rücksendung der Stimmzettel zu denken: Bis zum 17. Oktober müssen sie angekommen sein.

Bei der Post werden derzeit alle bereits zurückgeschickten Stimmzettel gesammelt. In den Wahlunterlagen befinden sich wichtige Hinweise zur Rücksendung. So ist die eidesstattliche Versicherung unbedingt erforderlich. Die frankierten Rückumschläge können nur mit der Post zurückgeschickt werden, eine Annahme in den Kreisbüros ist nicht möglich.

Am 18. Oktober werden die Stimmzettel im Kurt-Schumacher-Haus von den Mitgliedern der Wahlkommission unter Leitung von Barbara Loth sowie einer begrenzten Zahl freiwilliger Helfer ausgezählt. Gegen Nachmittag wird mit dem Ergebnis gerechnet.

Erhält keiner der Bewerber in diesem ersten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, folgt ein zweiter Wahlgang. Auch dieser würde wieder als Briefwahl durchgeführt. Der Versand der Wahlunterlagen würde ab dem 20. Oktober erfolgen. Einsendeschluss der Stichwahl wäre dann der 5. November um Mitternacht, ausgezählt würde einen Tag später erneut im Kurt-Schumacher-Haus.

Der Gewinner dieses verbindlichen Mitgliederwotums wird formal auf dem Landesparteitag am 8. November 2014 bestätigt und der Fraktion im Abgeordnetenhaus zur Wahl vorgeschlagen. Der Nachfolger von Klaus Wowereit soll dann am 11. Dezember im Parlament gewählt werden.

uh □



Weitere Termine

■ 7.10.2014, 18 Uhr, **Kreisdelegiertenversammlung und Mitgliederforum der SPD Reinickendorf mit Vorstellung der Kandidaten** für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Ernst-Reuter-Saal im Rathaus Reinickendorf, Eichborndamm 215-239, 13437 Berlin

■ 08.10.2014, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum 3**, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, 10318 Berlin. Anmeldung erbeten unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum3

■ 10.10.2014, 19:00, SPD Neukölln, **Neuköllner Mitgliederforum - parteiöffentlich**. Die SPD Neukölln lädt ihre Mitglieder ein, die Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters vor Ort kennen zu lernen. Um Anmeldung bis zum 6.10. unter info@spd-neukoelln.de oder Tel. 6872159 wird gebeten. Otto-Hahn-Oberschule, Aula, Buschkrugallee 63, 12359 Berlin (U-Bhf. Grenzzallee)

■ 14.10.2014, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum 4**, Bayer HealthCare Pharmaceuticals, Auditorium, Müllerstr. 178, 13353 Berlin. Anmeldung erbeten unter www.spd-berlin.de/mitgliederforum4

Arbeitsmarkt:

Gute Erfolge bei der Vermittlung

Dilek Kolat über „BerlinArbeit“: Zwei Jahre Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik

2016 sollen weniger als zehn Prozent der Jugendlichen in Berlin arbeitslos sein. Dieses Ziel hat sich Arbeitssenatorin Dilek Kolat gesetzt. In einem Beitrag für die BERLINER STIMME beschreibt sie die Erfolge der seit zwei Jahren umgesetzten Arbeitsmarktstrategie „BerlinArbeit“ und die Aufgaben, die noch vor ihr liegen.

Berlin ist auf einem guten Weg. Die Stadt wächst und entwickelt sich. Dieser Aufbruch, der einher geht mit der Regierungszeit von Klaus Wowereit, soll auch bei den Arbeitslosen ankommen. Das habe ich mir bei Amtsantritt fest vorgenommen und das ist mein Ziel und dafür haben wir die Arbeitsmarktstrategie BerlinArbeit neu entwickelt.

ARBEITSLOSE SIND KEINE
NUMMERN - SIE SIND
MENSCHEN.

Ich will, dass möglichst viele arbeitslose Jugendliche und Langzeitarbeitslose von den neuen Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren. In den letzten zwei Jahren ist es uns gelungen, die Arbeitslosigkeit um 25.000 Personen zu verringern. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in diesem Zeitraum um 10.000 gesunken und wir haben inzwischen 6.000 arbeitslose Jugendliche weniger. Aber das reicht nicht. Wir müssen unsere Anstrengungen fortführen.

Wir müssen die öffentlich geförderte Beschäftigung verstärken und neu ausrichten. Es gibt Langzeitarbeitslose mit sehr individuellen Situationen. Für die, die keine Perspektive auf dem 1. Arbeitsmarkt haben, sollte öffentlich geförderte Beschäftigung als Alternative gelten. Aber wir dürfen keinen Menschen aufgeben. Die Langzeitarbeitslosen, die motiviert sind und arbeiten wollen, müssen eine individuelle Begleitung bekommen. Bei ihnen kommt es in erster Linie darauf an, die Integrationshemmnisse, soziale Probleme, Schulden, Suchtprobleme oder Analphabetismus zu beheben und dann die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Erst danach kommt die Integration auf den ersten Arbeitsmarkt.

Ich bin der festen Ansicht, dass der Mensch sich nicht nur über Arbeit definieren kann und darf, er ist mehr als das. Deshalb bin ich Sozialdemokratin. Aber es gehört auch zur Würde und das ist eine sozialdemokratische Sichtweise, dass Menschen gute Arbeit haben und anständiges Geld verdienen sollen, um ihr Leben selbstständig und gut gestalten zu können. Die



Arbeitssenatorin Dilek Kolat bei der Fachgemeinschaft Bau: Gute Ausbildung ist eine Grundlage für sichere Arbeitsplätze. Foto: Sen AIF

Idee der Sozialdemokratie ist ja grundlegend geprägt durch sozialen und ökonomischen Aufstieg und Emanzipation.

Genau mit diesem Ziel haben wir aufbauend auf öffentlich geförderter Beschäftigung das „Berliner Job-Coaching“ entwickelt und umgesetzt. Auf freiwilliger Basis nehmen 10.000 Langzeitarbeitslose das Angebot an. Sie sind motiviert. Hier hilft die individuelle Begleitung durch einen Coach. Neben Beseitigung der Hemmnisse, Motivation und Orientierung sowie Ausloten der Marktchancen, ist die passgenaue Qualifizierung eine wichtige Aufgabe für den Coach.

Es geht uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um die Würde des Menschen. Er ist der Ausgangspunkt und Ziel unseres politischen Handelns. Arbeitslose sind keine Nummern - sie sind Menschen. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode habe ich deshalb einen grundsätzlichen Wandel beim Mitteleinsatz gegen Arbeitslosigkeit eingeleitet: Weg von Beschäftigungsmaßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt hin zu Arbeit im ersten Arbeitsmarkt. Wir investieren gezielt, um die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Das ist der Kern der Strategie BerlinArbeit. Und das ist richtig, denn wir haben klare Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit.

Im Januar 2012 hatten wir fast 229.000 Arbeitslose. Heute sind es rund 25.000 weniger. Im Juni 2012 hatten wir etwa 23.000 arbeitslose Jugendliche - im Juni dieses Jahres waren es etwa 16.000. Im August 2014 sind es etwa 18.000, auch deshalb, weil in diesem Monat viele Ausbildungsverträge ausgelaufen sind. Wir haben also

bald 6.000 weniger jugendliche Arbeitslose, als vor zwei Jahren. Die Jugendarbeitslosenquote im August 2012 lag bei 14,2 Prozent. Jetzt sind wir bei 11,6 Prozent und ich bin mir sicher, dass wir noch deutlich weiter kommen können. Diese Zahlen stimmen mich optimistisch.

Nächstes Jahr startet das nächste große Projekt im Rahmen von BerlinArbeit, die Jugendberufsagentur. Erstmals werden wir Jugendlichen damit Unterstützung aus nur einer Hand anbieten. Wir werden alle Maßnahmen und Programme bündeln und damit ein neues, wirksames Instrument schaffen, um die Jugendarbeitslosigkeit noch intensiver zu bekämpfen. Jeder Euro, den wir in die Zukunft unserer Jugendlichen investieren ist gut angelegt. Ich will nicht, dass wir über 40 Jahre Hartz-IV-Karrieren bezahlen müssen, darum investiere ich jetzt in die Zukunft der jungen Menschen.

Ich habe ganz am Anfang der Legislaturperiode gesagt: Ich will bis 2014 erreichen, dass es in Berlin weniger als 200.000 Arbeitslose gibt und 2016 unter 10 Prozent Jugendliche arbeitslos sind. Daran will ich mich messen lassen. Und ich werde immer zuversichtlicher, wenn ich mir die langfristigen Trends ansehe. Anders als im Bund, wo der Anteil Langzeitarbeitsloser relativ stabil bleibt, bauen wir in Berlin sogar - wenn auch langsam - Langzeitarbeitslose ab und liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

ZU WENIG AUSBILDUNG
IM BETRIEB

Alle Indikatoren in Berlin zeigen genau in diese positive Richtung nur zwei nicht und das macht mir Sorgen: Die Ausbildungsbetriebsquote sinkt und die Anzahl der Ausbildungsbetriebe nimmt ab, obwohl die Anzahl der Unternehmen in Berlin steigt. Berliner Unternehmen bilden immer weniger aus, obwohl immer mehr neue Unternehmen hinzukommen. Ich nutze deshalb jede Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass ich das für sehr gefährlich halte. Alleine darauf zu spekulieren, dass der Fachkräftebedarf - man spricht ja inzwischen schon vom Fachkräftemangel - durch Menschen aus anderen Bundesländern oder durch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedeckt werden könnte ist falsch. Wer heute nicht ausgebildet, dem fehlen morgen Fachkräfte und übermorgen ist das Unternehmen nicht mehr konkurrenzfähig und verschwindet

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5
vom Markt. Das ist die andere Seite der Marktwirtschaft und die sollte man Unternehmerinnen und Unternehmern eigentlich nicht erklären müssen.

Neben dieser betriebswirtschaftlichen Antwort verlange ich aber als Sozialdemokratin von Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft auch Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft. Es geht nicht, dass beklagt wird, dass unsere Jugendlichen keine Ausbildung haben und nicht vermittelbar sind und die daraus entstehende soziale Schieflage den Standort in Gefahr bringt, sich die Unternehmen aber an der sozialen und gesellschaftlichen Stabilisierung Berlins nicht beteiligen wollen. Ich kann nicht akzeptieren, dass sie die Vorteile Berlins gerne in Anspruch nehmen, aber die Gesamtentwicklung der Stadt als eine alleinige Aufgabe

der Politik betrachtet wird. Die Standortfrage ist eine Aufgabe, die alle angeht.

Wirtschaftliche Dynamik ist Bedingung aber auch Ergebnis erfolgreichen politischen Handelns hinsichtlich sozialer Sicherheit und arbeitsmarktpolitischer Erfolge. Wir müssen aber auch Antworten jenseits der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entwickeln. Wie gestalten wir die Veränderungen in einer sich wandelnden Stadt wie Berlin langfristig positiv? Wie sorgen wir dafür, dass die Berlinerinnen und Berliner in ihren Kiezen nicht von dieser Entwicklung überrollt werden und am Ende abgehängt verdrängt werden? Wir brauchen dafür Antworten in allen Politikbereichen. Das betrifft Arbeit aber genauso Wohnen, Bildung, Verkehr, Emanzipation oder auch interkulturelles Zusammenleben und Weiterentwicklung einer Stadtgesellschaft, in der der Anteil von Menschen mit migranti-

scher Herkunft jetzt schon bei rund 25 Prozent liegt.

Das sind die zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre. Jeder Politiker und jede Politikerin in dieser Stadt muss zu diesen Fragen die richtigen Antworten suchen. Ich will, dass es sozialdemokratische Antworten sind. Ich wünsche mir einen sozialdemokratischen Nachfolger Klaus Wowereits, der hierfür zusammen mit der Partei und der Fraktion im Abgeordnetenhaus zukunftsweisende Perspektiven entwickelt. Nur wenn wir Ideen haben, die weit über den bestehenden Koalitionsvertrag hinausgehen, werden wir die in zwei Jahren anstehende Abgeordnetenhauswahl gewinnen können. Die Partei ist hier als Ganzes gefragt - genauso wie jetzt beim anstehenden Mitgliedervotum zur Nachfolge des Regierenden Bürgermeisters. **Dilek Kolat** □

Reinickendorf:

„Post- und Frachtflüge verlagern“

Für eine Verlagerung der Nachtflüge der Fracht- und Postmaschinen von Tegel (TXL) nach Schönefeld hat sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Abgeordnetenhaus und Reinickendorfer SPD-Kreisvorsitzende Jörg Stroedter ausgesprochen.

„Wir wollen, dass die Postflüge wieder von Schönefeld (SXF) abgewickelt werden und zumindest die nächtliche Lärmbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner deutlich sinkt“, erklärte er. „Deshalb setze ich mich gemeinsam mit der SPD-Fraktion dafür ein, dass alle in den Nachtstunden abgewickelten Fracht- und Postflüge von Tegel nach Schönefeld verschoben werden. Erst im Juli 2013 wurde in Schönefeld ein

neues Frachtzentrum mit zusätzlicher Kapazität eröffnet. In diesem Zusammenhang haben wir die Luftverkehrsunternehmen bereits um eine deutliche Verlagerung ihrer Verkehre gebeten.“

Mit einer abgestimmten Verhandlungsposition auf Länderebene und den zuständigen Stellen auf Bundesebene will Stroedter erreichen, dass die betroffenen Luftverkehrsunternehmen einer entsprechenden Verkehrsverlagerung zustimmen. Stroedter: „Aufgrund dessen wird der Senat dazu aufgefordert, die Gespräche mit den übrigen Gesellschaftern der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH zu intensivieren, um eine vollkommene Verlagerung möglichst schnell abzuschließen.“ **BS** □

Charlottenburg:

Gedenktafel für Paul Hertz

Am 6. Oktober um 10 Uhr wird eine Gedenktafel mit Informationen zum Leben von Paul Hertz am Heckerdamm 236 in Charlottenburg eingeweiht.

Die Tafel trägt die Inschrift: „Paul Hertz – Senator für Wirtschaft und Kredit. Sozialdemokratischer Politiker. Nach Rückkehr aus dem Exil im Jahre 1949 bis zu seinem Tode war er unermüdet für den Wiederaufbau Berlins tätig. Er überzeugte die Amerikaner und die Bundesregierung von der politischen Notwendigkeit, die Westberliner Wirtschaft durch die Marshallplanhilfe aufzubauen.“

Finanziell ermöglicht wurde die Gedenktafel maßgeblich durch einen Beitrag der Gewobag, Frédéric Verrycken, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf sowie der Bundestagesabgeordnete Swen Schulz (alle SPD) haben sich mit Spenden beteiligt.

In Erfüllung geht damit ein Herzenswunsch von Henry Berg. Bei seinem letzten Berlinbesuch im Sommer 2014 suchte der amerikanische Architekt mit deutsch-jüdischen Wurzeln und Kindheitserinnerungen an das Berlin der 1950er Jahre, die Paul-Hertz-Siedlung in Charlottenburg auf. Dort bewirtschaftet die Gewobag seit 50 Jahren 3.600 Wohnungen. Was der kalifornische Gast auf den Spuren seiner Familiengeschichte vermisse, war eine Gedenktafel für seinen jüdischen Großvater Paul Hertz (1888-1961), der 1961 in West-Berlin verstarb. **PM** □

➡ Gedenktafelenthüllung: Montag, 6. Oktober 2014, 10 bis 11 Uhr, Ort: Heckerdamm 236/Ecke Bernhard-Lichtenberg-Straße, 13627 Berlin

Inneres:

Sorgen vor Pensionierungswelle

Sozialdemokraten in der Polizei: Nachwuchs gewinnen

Die anstehende Pensionierungswelle belastet nach Ansicht von Detlef E. Dörschel, Vorsitzender der Sozialdemokraten in der Polizei Berlin, auch die Personalsituation bei der Polizei. Nach aktuellen Zahlen werden bis 2020 mehrere zehntausend Menschen altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst Berlins ausscheiden. Auch die Polizei ist davon stark betroffen.

„Gemeinsam mit der Behördenleitung der Polizei, dem Innensenator und Gewerkschaften haben die Sozialdemokraten in der Polizei immer wieder angemahnt, dass die Sparvorgaben in einer stetig wachsenden Stadt angepasst und für den Vollzugs- und Verwaltungsdienst der Berliner Polizei dringend ausreichende Neueinstellungen

zugelassen werden müssen“, so Dörschel. „Schon jetzt können anfallende, anstehende Arbeiten in vielen Bereichen der Polizei nicht ausreichend oder auch gar nicht mehr erledigt werden. Altersbedingtes und/oder vorzeitiges Ausscheiden, neue und zusätzliche (hauptstadtbedingte) Aufgaben mit Personalmehrbedarf, Steleneinsparungen im Vollzugs- und Verwaltungsdienst sowie deutlich geringere Neueinstellungen haben ihre Spuren als Personallücken hinterlassen.“

Die Sozialdemokraten in der Polizei wollen jede Maßnahme oder organisatorische Veränderung unterstützen, die eine sinnvolle Nutzung der vorhandenen Ressourcen und eine erforderliche Nachwuchsgewinnung zum Ziel haben. **BS** □

Friedliche Revolution:

Geschichte im Eiltempo

Walter Momper und Anne-Kathrin Pauk erinnerten an '89

Einen spannenden Geschichtsabend erlebten die Besucher der Veranstaltung der SPD Rosenthaler Vorstadt anlässlich des 25. Jahrestages der friedlichen Revolution in der DDR. Anne-Kathrin Pauk und Walter Momper erzählten als Zeitzeugen höchst lebendig über die spannenden Monate 1989/90, als die Geschichte Tempo aufnahm und die handelnden Politiker kaum hinterher kamen.

Anne-Kathrin Pauk erinnerte sich an ihre Ankunft als frisch gebackene Lehrerin in Marzahn, wo sie verständnislos noch im September 89 die erstarrten Rituale des parteigesteuerten Bildungssystems erlebte. Walter Momper beobachtete als Regierender Bürgermeister zur gleichen Zeit die steigenden Flüchtlingszahlen aus der DDR und ließ sich zum Vergleich die Zahlen von 1961 unmittelbar vor dem Mauerbau geben, um das alles einschätzen zu können. Ihm war klar, dass da etwas im Gange war, auf das man sich gut vorbereiten sollte - allerdings ohne einen Plan dafür haben zu können noch zu ahnen was passieren würde.

Denn es wurde schnell ziemlich dynamisch: In Schwante gründete sich Anfang Oktober unter konspirativen Bedingungen die SDP unter der maßgeblichen Führung von Martin Gutzeit und Markus Meckel. Anne-Kathrin Pauk trat der am 7. Oktober gegründeten SDP in Berlin bei. Systematisch wurden Listen mit möglichen Kontaktpersonen verteilt und in der ganzen DDR die lokalen Gründungen voran getrieben.

In Berlin wurde am 5. November in der überfüllten Sophienkirche (dem Ort dieser lebendigen Geschichtsstunde) der Vorstand des SDP-Bezirksverbands Berlin-Ost gewählt. Zu ihrer Überraschung und völlig unvorbereitet wurde Anne Kathrin Pauk



SDP-Gründung: Anne-Kathrin Pauk 1989.

zur Vorsitzenden gewählt. „Ich war eine der wenigen Nicht-Theologen, das war auch ein Grund.“ Vier Tage später fiel die Mauer - die Geschichte kam von ohnehin schon ziemlich schneller Gangart in rasenden Galopp. Walter Mompers roter Schal eilte von einer Grenzübergangsöffnung zur nächsten. Parallel wuchs die neu gegründete Partei im Ostteil in ihre neuen Aufgaben hinein, zunächst ohne Personal, ohne Büro, die meisten ohne Telefon. Anne-Kathrin Pauk suchte Kontakt zu Walter Momper, sie stellte ihm die SDP vor und er fragte die damals 22jährige, wer denn so die Führung habe: „Na ich“, stellte sich Anne-Kathrin Pauk als Vorsitzende vor, was sich der routinierte Polit-Profi Momper auf den ersten Blick gar nicht vorstellen konnte.

Doch dann ging es Schlag auf Schlag weiter: Volkskammerwahl, Wiederholung der Kommunalwahl im Mai 90, „Magisemat“, Währungsunion und schließlich die Einheit am 3. Oktober. Zuvor waren Ost- und West-SPD in Berlin schon Mitte September wieder vereint worden, die DDR bestand da noch, verfassungsrechtlich ziemlich heikel, aber wenn die Geschichte rennt, muss man sehen, dass man unkonventionell entscheidet und ihr manchmal auch zuvorkommen kann.

Es waren spannende Erzählungen aus dieser atemlosen Zeit - eine kurzweilige Geschichtsstunde vor dem Altar jener Kirche, in der sich die Ostberliner Sozialdemokratie 1989 wieder gegründet hatte.

Michael Donnermeyer □

„Schwierige Freundschaft“

Gunter Hofmann liest aus seinem Buch über Brandt und Schmidt

Unter dem Titel „Politik und Biographie“ startet die Charlottenburger Abgeordnete Franziska Becker am 15. Oktober 2014 eine Reihe von Autoren-Lesungen in ihrem Wahlkreisbüro.

Zu Gast ist Gunter Hofmann, der aus seinem Buch „Willy Brandt und Helmut Schmidt: Geschichte einer schwierigen Freundschaft“ liest. Gunter Hofmann, langjähriger Chefkorrespondent der ZEIT, berichtet in seinem Buch über die faszinierende Beziehung zwischen zwei berühm-

ten Deutschen, die gegensätzlicher kaum hätte sein können. Hofmann besitzt intime Kenntnis der Akteure und Ereignisse und hat ein feines Gespür für die seelischen Konstellationen über zwei Weggefährten, Kanzler und Rivalen. **BS □**

➔ 15.10.2014, 19:00, Bürgerbüro Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Daher bitte Anmeldung per E-Mail franziska.becker@spd.parlament-berlin.de oder telefonisch unter 23 25-22 81 (Sprachbox).

FRAKTION INTERN

Stadtteiltage und neue Bürgerbüros.

Der Abgeordnete Karlheinz Nolte lädt am 10. Oktober zu seinem Stadtteiltag in Trepow-Köpenick ein. Spannende Programmpunkte: Ein Besuch eines Degewo-Neubauvorhabens, ein Besuch im OSZ Wirtschaft und Sozialversicherung, eine Bürgergesprächsstunde im Rathaus Johannisthal und ein Kiezspaziergang zum Thema Kulturentwicklung in Oberschöneweide.

Ebenfalls am 10. Oktober findet der Weddinger Stadtteiltag des Abgeordneten Ralf Wieland statt. Gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Raed Saleh besucht er den Verein „MHM - Menschen helfen Menschen“. Weitere Stationen: Bürgersprechstunde, Baustellenbesichtigung am Bahnhof Gesundbrunnen, Gespräch mit dem Quartiersmanagement im Soldiner Kiez, Infostand und eine Lesung mit Frank Sorge „Der Döner im Wandel der Zeit“.

Neue Bürgerbüros: Der Abgeordnete Andy Jauch eröffnet am 8. Oktober sein Bürgerbüro in der Brückenstraße in Schöne-weide. Am 1. November öffnet das Wahlkreisbüro der Abgeordneten Ulker Radziwill in der Friedbergstraße in Charlottenburg. Alle Termine und weitere Informationen unter: www.spdfraktion-berlin.de

Bund muss sozialer Verantwortung gerecht werden. Mit einem dringlichen Antrag haben die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU im Bauausschuss beschlossen, dass der Bund endlich die soziale Verantwortung für seine zum Verkauf stehenden Wohnungsbestände in Berlin übernehmen muss. Die bau- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Iris Spranger sagt: „Die Wohnungen werden oftmals zu Preisen verkauft, die eine nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände und damit die Bezahlbarkeit der Mieten unmöglich machen. Mit ihrer Verkaufspraxis heizt die bundeseigene BIMA die Immobilien- und Mietpreise weiter an, anstatt preisdämpfend zu wirken. Das muss gestoppt werden.“

Der Stadtentwicklungsexperte der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz unterstreicht: „In Berlin haben wir bei der Liegenschaftspolitik bereits deutlich umgesteuert. Der Bund sollte nachziehen und darf Wohnungen nicht weiter zum Höchstpreis an Spekulanten verscherbeln. Unser Antrag fordert ein kommunales Vorkaufsrecht zum neutral ermittelten Verkehrswert. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind bereit, hier ihre Verantwortung wahrzunehmen und entsprechende Käufe vorzunehmen.“ Dem Antrag der Koalition haben im Ausschuss sämtliche Oppositionsfraktionen zugestimmt. **cs □**

Es tobt ein Kampf um Deutungshoheit. Darf eine Frau selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden? Darf sie entscheiden wie sie lebt und wen sie liebt? Darf sie entscheiden, ob sie schwanger werden will oder nicht? Darf sie bei ungewollter Schwangerschaft selbst entscheiden, ob sie das Kind austrägt oder nicht?

Ich sage: „Ja! Es ist ihre Entscheidung.“ Dieses Recht auf eine freie verantwortungsvolle Entscheidung soll in Deutschland weiterhin gelten - dafür setze ich mich ein. Ich bin damit im Einklang mit der UN-Weltbevölkerungskonferenz, die vor 20 Jahren das Menschenrecht der sexuellen Selbstbestimmung definiert hat. Es umfasst das Recht der Frau „frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt über Angelegenheiten im Zusammenhang mit ihrer Sexualität, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, bestimmen und frei und eigenverantwortlich entscheiden zu können“.

Diese Freiheit einer selbstbestimmten Entscheidung soll nach dem Willen der

Position:

Mechthild Rawert: Für Selbstbestimmung streiten



Mechthild Rawert.

Foto: SPD-Berlin

TeilnehmerInnen des „Marsch für das Leben“ nicht länger gelten. Dafür haben sie am 20. September mit weißen Kreuzen gegen Abtreibung, Präimplantationsdiagnostik, Sterbehilfe und Euthanasie demonstriert.

BÜNDNIS FÜR SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG

Gegen diesen radikalen Fundamentalismus hat sich das „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ gegründet. Dieses Bündnis steht für das Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung.

Ich gehöre dem Bündnis an, da ich mich für das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung und selbstverantwortete Familienplanung einsetze, für die Gleichstellung der Geschlechter, für die gleichen Rechte für die LGBTTI-Community.

Eines ist klar: Die Einhaltung von Menschenrechten gehört zu einer freien, pluralen und offenen Gesellschaft. Wir überlassen sie nicht religiösen FundamentalistInnen, RechtspopulistInnen und NationalistInnen.

Ich bitte alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Unterstützt das Bündnis, zeichnet die Bündniserklärung und verteidigt die Menschenrechte. □

➔ Bündniserklärung: www.sexuelle-selbstbestimmung.de/

Pflege:

Wichtige Neuerungen

Mechthild Rawert: Beratungsstrukturen schaffen

Pflege geht uns alle an. Die parlamentarischen Beratungen zum sogenannten 1. Pflegestärkungsgesetz (PSG) laufen. Am 24. September fand dazu eine große Anhörung im Deutschen Bundestag statt.

Rund 50 ExpertInnen aus Wohlfahrtsverbänden, Pflegekassen und Sachverständigen haben umfangreiche Stellungnahmen abgegeben. Mit dem Gesetz soll die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe der pflegebedürftigen Person gestärkt und pflegende Angehörige unterstützt werden.

Obwohl die im Koalitionsvertrag vereinbarte CDU-Idee eines Pflegevorsorgefonds heftig kritisiert wurde, werden wir diesen mitbeschließen müssen. Das 1. PSG wird voraussichtlich am 17. Oktober beschlossen und am 1. Januar 2015 in Kraft treten, damit auch die 0,3 Prozent Beitragserhöhungen. Eine weitere Beitragserhöhung um 0,2 Prozent erfolgt mit dem 2. PSG.

Das Recht auf ein würdevolles Leben in der Pflege. Angesichts des demografischen Wandels ist eine Reform der sozialen Pflegeversicherung unverzichtbar. Unsere Gesellschaft wird bunter und wir werden gesünder älter. Doch viele Menschen haben Angst davor, pflegebedürftig zu werden und schieben das Thema daher

lange weit weg. Dabei werden tatsächlich jeder zweite Mann und zwei von drei Frauen irgendwann pflegebedürftig sein. Es ist deshalb wichtig, dass die ganze Gesellschaft über die Pflege redet, für Selbstbestimmung und Teilhabe streitet, sich für ein Recht auf ein würdevolles Leben in der Pflege einsetzt. Dafür gilt es die richtigen Weichen zu stellen.

Mit dem 1. PSG packen wir viele der anstehenden Herausforderungen an, die auch von den ExpertInnen für richtig gehalten werden. Dabei wissen wir, dass noch etwas sehr Wichtiges aussteht: der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der sich nicht mehr an den Defiziten sondern an den Ressourcen eines Menschen, am Grad der Selbstständigkeit im Alltag ausrichtet. Erst das 1. und das 2. PSG zusammen werden eine „große Reform“ darstellen.

Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wird es ab 2017 fünf Pflegegrade statt der drei bisherigen Pflegestufen geben. Endlich wird dann nicht mehr zwischen körperlichen, geistigen und psychischen Beeinträchtigungen unterschieden. Jede Beeinträchtigung gilt gleichberechtigt als Bedarf an Leistungen durch die soziale Pflegeversicherung. Davon profitieren Millionen Menschen, vor allem an Demenz Erkrankte.

Nur rund sechs Milliarden Euro - Konflikte sind programmiert. Noch wird über die Ausgestaltung der einzelnen Leistungsverbesserungen gestritten, weil die zur Verfügung stehenden sechs Milliarden Euro nicht für jeden Wunsch reichen werden.

Einige der wichtigsten Neuerungen:

○ 1,4 Mill. Euro mehr für Leistungen für die häusliche Pflege,

○ größere Flexibilität zwischen der Verhinderungs-, Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege,

○ mehr niedrigschwellige Betreuungs- und Entlastungsangebote in der häuslichen Pflege,

○ Erhöhung von zusätzlichen 20.000 auf 45.000 Betreuungskräfte,

○ Absenkung auf einen Personalschlüssel auf 1:20 in vollstationären Einrichtungen,

○ Erhöhung der Zuschüsse für Umbaumaßnahmen und Pflegehilfsmittel sowie für wohnumfeldverbessernde Maßnahmen,

○ Ausbau von alternativen Wohngruppen auch für Menschen mit Demenz. Betreuungs- und Entlastungsleistungen erhalten künftig auch körperlich beeinträchtigte Pflegebedürftige.

Eine große Aufgabe wird es sein, eine entsprechende Informations- und Beratungsstruktur zu schaffen. Nur wer weiß, dass es viel Unterstützung vor Ort gibt, kann Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe auch wirklich leben.

Mechthild Rawert □

Stadtentwicklung:

„Durchstarten in der Wohnungspolitik“

Fachausschuss „Soziale Stadt“ legt Positionspapier zum Wohnungsbau vor

Berlin wächst wieder. Seit 2007 steigt die Zahl der Einwohner. Erst fing es langsam an, aber 2010 waren es schon 20.000 Einwohner mehr. Doch seit 2011 nimmt die Bevölkerung jedes Jahr sogar um rund 40.000 neue Einwohner zu. Netto, im Saldo der Zu- und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle. Von 2010 bis 2016 werden es insgesamt 260.000 mehr Einwohner geworden sein. Soviel wie ein ganzer Berliner Bezirk.

Die wohnungspolitische Arbeitsgrundlage des Senats, der Stadtentwicklungsplan „StEP Wohnen“, geht davon aus, dass ein solcher Zuwachs bis 2025 braucht. Daher hält man offiziell einen Wohnungsneubau von jährlich 10.000 Wohnungen für ausreichend. Doch intern weiß man längst, dass eigentlich das Doppelte nötig wäre. Und da in dieser Legislaturperiode mit etwa 50.000 neuen Wohnungen zwar weit mehr Wohnungen als im SPD-CDU-Koalitionsvertrag vereinbart (30.000) fertig gestellt werden dürften - eigentlich ein Erfolg -, aber gleichzeitig etwa 120.000 neue Haushalte Wohnungen nachfragen, droht die Wohnungspolitik des Senats allein schon bei der quantitativen Versorgung zu scheitern. Im Wahljahr 2016 wird sich das Angebots-Nachfrage-Verhältnis auf dem angespannten Wohnungsmarkt im Vergleich zur Wahl 2011 um etwa 70.000 Wohnungen verschlechtert haben. Das hat Folgen. Für die Mieter. Und wohl auch für die SPD.

Die Wohnungspolitik des Senats erinnert derzeit an das Märchen vom Hasen und den Igel. Und an die Sagenfigur Sisyphos. Immer wenn der Hase meint, nun ein Ziel erreicht und gewonnen zu haben, rufen die Igel (die Wohnungssuchenden und Neuberliner): Wir sind längst da. Wer den längeren Atem hat? In Berlin wird genehmigt und gebaut und gebaut, aber es wird immer schlimmer...

Nochmal: Berlin wächst, seit 2011 erfreulich stark. Die Zahl der Erwerbstätigen hat seit 2008 um mehr als 10 % zugenommen, die der Erwerbslosen um mehr als 25 % abgenommen. Die Steuereinnahmen sprudeln, in 2012 und 2013 erwirtschaftete der Senat jeweils eine halbe Milliarde Überschuss. Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung nicht im produzierenden Gewerbe, sondern bei den Dienstleistungen, insbesondere touristischen und dem Gastgewerbe, stattfindet: Berlin ist stolz, aktuell das höchste Wirtschaftswachstum bundesweit zu verzeichnen.

Die SPD muss dieses Wachstum stabilisieren, fördern und sozialverträglich ausrichten. Ein für alle Einkommensgruppen



Volker Härtig ist Vorsitzender des Fachausschusses „Soziale Stadt“ der Berliner SPD. Foto: Horb

in der Stadt leistbares und für die Zuzügler ausreichendes Wohnungsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor und entscheidende Voraussetzung dafür, dass das wirtschaftliche Wachstum und die Einwohnerzunahme nicht abgewürgt werden.

Sozialdemokraten wollen Schwächere schützen. Da muss man sehen, dass Berlin nach wie vor keine reiche Großstadt ist. In München hat man im Schnitt 50 % mehr Einkommen, in Hamburg 20 %. Das sagt noch wenig, denn in München ist die Lebenshaltung 25 % teurer, in Hamburg 13 %. Doch führen wir uns zudem vor Augen, dass in Berlin 11 % der Haushalte ohne Arbeit sind, etwa 20 % Transferleistungen beziehen, etwa 30 % der Kinder in Berlin in armen oder armutsgefährdeten Haushalten leben und Berlin mit 42 % bundesweit Spitzenreiter ist bei den atypischen Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs, Leiharbeit, befristete Verträge usw.), wird klar: Gut jeder zweite Berliner Haushalt hat keine sichere Einkommensperspektive oder kann sich nur wenig leisten.

Das ist der soziale Hintergrund, vor dem sich der Wohnungsmarkt rasant verändert, für manche auch bedrohlich. Denn: Vor allem preiswerte, für untere und mittlere Einkommensgruppen bezahlbare Wohnungen sind knapp. Die Wohnungsnachfrage wächst nicht nur schneller als das Angebot, sondern es entstehen fast nur freifinanzierte, meist teure bis sehr teure Wohnungen. Der Wohnungsneubau ist vor allem ein Angebot für die „oberen 500.000“ in Berlin.

Der Berliner Immobilienmarkt wird von Anlegern aus dem In- und Ausland durchgefegt auf der Suche nach sicheren, lukrati-

ven Kapitalanlagen. Für seriöse Investoren, aber auch für oft wenig skrupulöse Umwandler und Developer ist Berlin ein immobilienwirtschaftliches Eldorado. Sie pflügen den Wohnungsmarkt um, leider oft mit fragwürdigen Geschäftsmodellen. Mietshäuser werden aufgekauft, um sie in Eigentumswohnungen umzuwandeln, nach einer Pinselsanierung schnell mit Gewinn weiter zu verkaufen oder teuer zu modernisieren. Die Mieten in umgewandelten oder neu gebauten Eigentumswohnungen liegen ein Drittel höher als in normalen Mietwohnungen.

So wurden allein 2013 fast 10.000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und rund 30.000 Wohnungen verkauft. Für tausende Mieterhaushalte bedeutet dies Jahr für Jahr Angst vor Verdrängung und Sorge um ihre Wohnung. Jeder von skrupellosen Geschäftemachern aus seiner Wohnung gedrängte Mieter ist für uns einer zu viel.

Segregation und soziale Polarisierung in Berlin nehmen zu. Jahr für Jahr werden ein paar tausend einkommensschwächere Haushalte aus begehrteren, teureren Wohnlagen verdrängt. Oder finden im Falle eines Umzugs in vielen Quartieren keine leistbare Wohnung mehr. Auch wenn die Mobilität stark abgenommen hat, noch immer ziehen jedes Jahr fast 200.000 Haushalte in Berlin um. Für die SPD ist die dadurch gefährdete, einst typische sozialstrukturelle Mischung in Berlin ein hohes Gut, wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integrationspolitik und eine Basis für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.

Der SPD-geführte Senat hat in dieser Legislaturperiode viel getan. Die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen wurde gesenkt und der Eigenbedarfs-Kündigungsschutz auf 10 Jahre verlängert. Durch ein „Bündnis“ mit den städtischen Wohnungsunternehmen, die allerdings nur 15 % der Mietwohnungen in Berlin besitzen, wurde deren Mieterhöhungsspielraum reduziert. Sie werden bis 2016 über 20.000 Bestandswohnungen aufgekauft und in den „geschützten Wohnungsmarkt“ überführt haben. Ein Bündnis mit freien Wohnungsunternehmen sorgt bei größeren Projekten für den Bau auch preiswerterer Wohnungen. Es gibt wieder ein Wohnungsbauförderprogramm. Doch bauen selbst die städtischen Gesellschaften - unter dem Druck der Baukosten sowie von Renditevorgaben und weitgehend ohne öffentliche Förderung - wenig preiswerte und viele teure Wohnungen.

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Das Zweckentfremdungsverbot wurde endlich wieder eingeführt. Drei Jahre dauerte es und enthält Ausnahmen und Schonfristen. Immerhin: Ein paar tausend derzeit von Feriengästen oder gewerblich genutzte Wohnungen können - leider überwiegend erst ab 2016 - wieder dem Mietwohnungsmarkt zugeführt werden. Doch dringend benötigte weitere Maßnahmen wie eine Umwandlungsverordnung oder die Einführung einer Richtsatzmiete für Berlins Sozialwohnungen blockiert die CDU.

Das neue Förderprogramm ist mit 1.000 Wohnungen bei einem angestrebten Neubau von 10.000 Wohnungen und einem Bedarf von 20.000 neuen Wohnungen im Jahr völlig unzureichend und eher ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die städtischen Wohnungsgesellschaften bleiben bisher (mit einem Anteil von unter 10 % am Wohnungsbau) weit hinter unseren Erwartungen an deren Neubau-Aktivität zurück. Die Baulandmobilisierung wird in Berlin privaten Immobilienunternehmen überlassen.

Die personellen Ressourcen der Bauverwaltung auf Bezirks- und Landesebene werden vor allem auf mehr und schnellere Genehmigungen für den Bau neuer, teurer Wohnungen konzentriert. Das Immobiliengeschäft blüht. Doch für Stadtplanung und Bebauungspläne in Regie der Bezirke oder für die Verfolgung der Zweckentfremdung fehlen Personal und Geld. Die Ressourcen der Bezirke für den Mieterschutz und die Anwendung der Rechtsinstrumente des § 172 BauGB (soziales Erhaltungsrecht) reichen nicht aus und so bleibt dieses in München und Hamburg gegen Wohnungsumwandlung und Luxusmodernisierung erfolgreich genutzte Instrument in Berlin ein weithin stumpfes Schwert.

Daher ist es eine der dringendsten Aufgaben des neuen Regierenden Bürgermeisters und der Regierungspolitik der SPD, wohnungspolitisch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode durchzustarten. Wohnungspolitik muss Priorität haben.

Durch eine enge und engagierte Zusammenarbeit von Senat und Bezirken muss der Mieterschutz verbessert und der Bau für „kleine Leute“ - also Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen - bezahlbarer Wohnungen voran gebracht werden. Die Wohnungsbauförderung muss auf 5.000 Wohneinheiten (WE) p.a. ausgeweitet und effizienter werden. Dazu braucht es weitere Förderstränge und eine nachfragegerechte und einkommensabhängige Förderung. Durch effiziente Finanzierungsmodelle lässt sich eine stärkere Belastung des Landeshaushalts vermeiden.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen eine viel stärkere Säule des Wohnungsbaus und der Wohnungs-

versorgung werden, insbesondere für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen. Die Übertragung der Verantwortung für die Aufsichtsorgane der städtischen Wohnungsgesellschaften auf die Stadtentwicklungsbehörde muss geprüft werden, natürlich unter Bewahrung der wohnungswirtschaftlichen Kompetenz dieser Gesellschaften. Die Rendite-Vorgaben für Investitionsvorhaben der kommunalen Wohnungsunternehmen müssen (im langjährigen Finanzierungszeitraum) auf 3% reduziert werden, um preiswerten Mietwohnungsneubau bei den städtischen Gesellschaften zu erleichtern.

Mit dem Einwohnerwachstum und dem Wohnungsbau steigt der Bedarf für soziale Infrastruktur, Kitas und Schulen. Die Bezirke werden dafür benötigte finanzielle Ressourcen nicht allein durch städtebauliche Verträge mit Investoren sichern können. Berlin braucht ein Zukunfts-Investitionsprogramm - auch für die Errichtung von Kitas und Schulkapazitäten parallel zum Wohnungsbau. Um in neuen Quartieren für urbane Nutzungsmischung zu sorgen, muss bei Wohnungsbau-Projekten ein Anteil von gewerblich nutzbaren Flächen für Handel, Dienstleistung und Gewerbe durchgesetzt werden.

In der zweiten Hälfte der Legislaturperiode muss bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein „Sonderfonds Mieterschutz und Bauplanung“ mit einem zweistelligen Millionenbetrag aufgelegt werden, der den Bezirken im Zuge auftragsweiser Bewirtschaftung ermöglicht,

- wieder selbst Bebauungspläne aufzustellen und Wohnbauland auszuweisen,

- die Festlegung von Erhaltungssatzungsgebieten voran zu bringen und

- in diesen Gebieten das Vorkaufsrecht auszuüben, um Umwandlungen und Luxusmodernisierungen zu verhindern.

Die Bezirke müssen „leistungsbezogen“ weitere Personalstellen erhalten, um den Herausforderungen von „Mieterschutz und Wohnungsneubau“ gerecht werden zu können. Bewilligte Beschäftigungspositionen für die bezirklichen Bau- und Wohnungsämter und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung müssen umgehend entfristet, zudem Senats- und Bezirksverwaltungen um mindestens 100 Stellen aufgestockt werden, um die erreichte Verdreifachung beim Wohnungsbau bewältigen und ausdehnen zu können.

Die Berliner Mietwohnungsbestände (14.000 Wohnungen) der landeseigenen Berlinovo sind unverzüglich in den Wirkungsbereich des Berliner Mietenbündnisses zu überführen und es ist zu prüfen, diesen Bestand an die sechs städtischen Gesellschaften zu übertragen.

Mit Berlins Wohnungsgenossenschaften muss ebenfalls ein Wohnungsbau-Bündnis

geschlossen werden, in Verbindung mit einem Angebots-Paket von Grundstücken aus dem Portfolio des Liegenschaftsfonds.

Berlin muss die Rechtsinstrumente der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme wieder konsequent nutzen und braucht eine Landesentwicklungsgesellschaft. Dieser sind als Grundstock in ihr Treuhandvermögen die für Wohnungsbau verwertbaren Grundstücke des Liegenschaftsfonds zu übertragen. Für städtebauliche Großprojekte wie etwa Elisabeth-Aue oder Bahnhof Grunewald sind gemeinsame Entwicklungsmodelle mit privaten Investoren zu organisieren.

Ein weiteres Ziel ist die Ausweisung von neuen Gebieten der Sozialen Stadt in den Rand- und Problembereichen mit sozial benachteiligter Bewohnerstruktur. Dies soll verbunden werden mit einer Weiterentwicklung des Berliner QM (Quartiersmanagement) in ein Integrations-Management durch die Senatsverwaltungen Integration, Stadtentwicklung und Bildung in Kooperation mit den Bezirken - und einer klaren Verankerung der Beteiligungsansätze und Stärkung der Ratsstrukturen in den Gebieten.

Geht das trotz Haushaltskonsolidierung? Die finanzielle Lage Berlins hat sich in den letzten Jahren bis hin zu hohen Einnahmemeüberschüssen in 2012 und 2013 verbessert. Neben der konsequenten Spar- und Konsolidierungspolitik ist dies steigenden Steuereinnahmen und dem Wachstum der Stadt zu verdanken. Dieses sozialverträglich auszurichten, ist nötig - und möglich, ohne die Konsolidierung aufzugeben. Ohne Investitionen in die Infrastruktur und einen sozial orientierten Wohnungsbau wird das Wachstum geschwächt und aufs Spiel gesetzt. Zukunftsinvestitionen stabilisieren das Wachstum, verbessern die Standortfaktoren und führen zu vermehrten Steuereinnahmen. Für Wohnungsbau und Stadtentwicklung können die außerplanmäßigen Rückflüsse von Wohnungsbauförderdarlehen (100 bis 200 Mio. EUR p.a.) und die in den letzten Jahren um jährlich 300 Mio. EUR angestiegenen Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer genutzt werden. Zudem hat der Bund die Fördermittel für Städtebau und „Soziale Stadt“ mehr als verdreifacht.

Sozialorientierter Wohnungsbau sowie Mieterschutz und Stadtentwicklung in öffentlicher Regie müssen zentrale Elemente eines neuen Zukunftsinvestitionsprogramms für Berlin werden. Damit schaffen wir neues Vertrauen in die soziale und Zukunfts-Kompetenz der SPD. Einen entsprechenden Antrag wird der Fachausschuss VIII „Soziale Stadt - Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung“ auf dem nächsten Landesparteitag einbringen. Natürlich werden die drei Kandidaten beim Mitgliedervotum gefragt, wie sie zu diesem Programm stehen.

Volker Härtig □

1. Weltkrieg:

Wedding 1914: Kein Hurra auf den Krieg

Bernd Schimmler blickt in die Geschichte des Arbeiterbezirks (Teil II)

Die insbesondere in bürgerlichen Kreisen grassierende Hochstimmung zum Kriegsbeginn hielt nicht lange an, als der schnelle Sieg ausblieb, der Krieg sich hinzog, Theatervorstellungen und Museen ihren Betrieb einstellten und sich die Versorgungskrise einstellte, da man keine Vorsorge getroffen hatte, weil es ja ein kurzer Krieg werden sollte. Carl Zuckmayer, 1914 ein achtzehnjähriger Kriegsfreiwilliger, konnte später die „rauschhafte Kriegsbegeisterung“ (so Scheller) nicht verstehen. Er schrieb: „Ich habe einen solchen körperlich-seelischen Zustand von Überhellung und Euphorie...niemals in dieser Krassheit und Intensität wieder erlebt.“

Insgesamt wird in der Literatur gerade bei den lokalen Studien deutlich, dass die Kriegsbegeisterung in Europa eher ein Phänomen der Haupt- und Großstädte und der bürgerlichen Mittelschichten war. Aber auch quer durch das deutsche Reich war solche mangelnde Kriegsbegeisterung vorhanden, wie z.B. eine Studie über Darmstadt und Untersuchungen über die Haltung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft zeigen. Auch eine 1982 veröffentlichte Studie zu Hamburg und seinen Arbeitervororten zeigte, dass es keine umfassende homogene euphorische Stimmung gab. Ähnliche Befunde gab es auch für die ländlichen bayerischen Gebiete aber auch für Freiburg.

Die sozialen Verhältnisse hatten sich schlagartig verändert.

Durch Kündigung von Aufträgen, Schließung mittlerer und kleiner Betriebe - z.B. infolge der Einberufung der Inhaber oder der Belegschaft, Umrüstung auf Rüstungsaufträge usw. stieg die Arbeitslosigkeit, wie auch der Polizeipräsident in seinen Stimmungsberichten konstatiert. Der „Vorwärts“ zählte die Arbeitslosen in seiner Ausgabe vom 25. August 1914 nach Berufen auf und kam zum Ergebnis, dass 57.188 in Gewerkschaftskommissionen organisierte Menschen arbeitslos wurden. Auch die geringen Unterstützungszahlungen für die Familien der Einberufenen wurden nur zögernd gezahlt. In den wohlhabenden bürgerlichen Bezirken kam es zu Hamsterkäufen. Dies war in den proletarischen Bezirken kaum der Fall, zumal auch mit Kriegsbeginn in vielen Branchen die Löhne gekürzt wurden, wie der „Vorwärts“ am 12. September 1914 ausführlich berichtete. Viele Arbeitervertreter wurden auch dienstverpflichtet oder fanden Tätigkeiten in staatlichen und/oder Rüstungsbetrie-



Bernd Schimmler ist Vorsitzender des Weddingener Heimatvereins. Foto: Horb

ben. Diese wurde für unvereinbar gehalten mit Mitgliedschaften in der SPD oder Gewerkschaften. Der hieraus entstehende Druck schwächte ebenfalls die Kriegsgegner, die - so der Polizeipräsident - „durch heftige Reden eine kriegsfeindliche Erregung herzurufen“ suchten.

Es gab also die allgemeine Kriegseuphorie nicht überall und am wenigsten in den Arbeiterbezirken.

Auch nach dem Kriegsbeginn blieben die Weddingener Sozialdemokraten und Gewerkschaften skeptisch gegenüber der Burgfriedenspolitik der eigenen SPD-Parteiführung. Im Januar nahm eine Versammlung des VI. Wahlkreises (Wedding/Moabit, Rosenthaler Vorstadt) eine von Karl Liebknecht verfasste Friedensresolution an, zu einer Zeit als deutsche Lehrer noch den deutschen Vormarsch auf den Schulkarten abstecken ließen. Fünf Monate später wurde von führenden Vertretern des VI. Wahlkreises so Georg Ledebour und Gustav Laukant ein Protestschreiben an den Parteivorstand ge-

schickt, der auch weiteren Kriegskrediten zustimmte.

Die Auseinandersetzungen gingen durch die Familien. So kam es in der Familie des später berühmten Weddingener Malers Otto Nagel in der Reinickendorfer Straße im August 1914 zum Bruch des fast Zwanzigjährigen mit seinem Vater. Der Sohn lehnte den Krieg ab. Einer Einberufung entging er wegen seiner schlechten gesundheitlichen Konstitution. Nagel schrieb in seiner Autobiographie: „Der Vater glaubte an die Notwendigkeit des Krieges, mein ältester Bruder und ich waren entschiedene Kriegsgegner. Es gab heftige Auseinandersetzungen...“

Selbst in Familien - auch sozialdemokratischen - wie der Familie des Nord-Berliner Kassenarztes Karl Kollwitz, die dem Krieg zustimmten, kamen Zweifel nicht nur wegen des Todes des Sohnes. Dessen Mutter, die große Künstlerin Käthe Kollwitz, eigentlich eher Pazifistin schrieb ein Jahr nach dem Tod ihres Sohnes in ihr Tagebuch: „Mitunter bin auch ich so weit, dass ich in dem Krieg nur den verbrecherischen Wahnsinn sehe. Aber wenn ich dann an Peter denke, so fühle ich wieder das andere...“

Eine Anti-Kriegsversammlung in den Pharus-Sälen wurde von der Polizei am 23.11.1915 verboten. Auf mehreren Versammlungen im Jahre 1916 wurde die Minderheit in der SPD-Fraktion in ihrer Antikriegshaltung unterstützt. Nach der Wahl des späteren Weddingener Bürgermeisters (1920-1933) Karl Leids zum Vorsitzenden des Wahlvereins im Wahlkreis VI im Mai 1916, beschloss die Versammlung eine Sympathieerklärung für den am 1. Mai verhafteten Karl Liebknecht. Es war im Wedding daher nur folgerichtig, dass die Gründung der USPD unter Beteiligung führender Weddingener, so Georg Ledebour, Gustav Laukant und Karl Leid, erfolgte. Eine Friedenskundgebung im Humboldthain mit 4000 Teilnehmern wurde von der Polizei zerstreut, als die Teilnehmer ins Regierungsviertel ziehen wollten.

Es war daher kein Wunder, dass die Streikaktionen des Jahres 1918 und die Demonstrationen, die am 9.11.1918 die Revolution in Berlin einleiteten, in den Weddingener Betrieben begannen.

Die Weddingener und Moabiter Arbeiter haben sich von dem inszenierten nationalen Kriegstaumel nicht anstecken lassen.

Bernd Schimmler □

Der Text mit Anmerkungen erschien im September in der Schriftenreihe des Weddingener Heimatvereins zu einer Ausstellung des MitteMuseum in der Pankstraße 47.

Anti-Kriegs-Ausstellung: Ausleihe möglich

Die am 2. Oktober zu Ende gegangene Ausstellung des August Bebel Instituts „Menschen gegen den Krieg – Proteste in Berlin 1914/18“ kann von interessierten Gruppen für eigene Ausstellungen ausgeliehen werden. Nähere Informationen gibt es beim August Bebel Institut, Telefon 4692 120, Mail: kontakt@august-bebel-institut.de.

Erinnerung:

Kämpfer für Freiheit

Gedenken zum 40. Todestag von Franz Neumann

„Franz Neumann hat klassische sozialdemokratische Werte vorgelebt: Solidarität und Freiheit. Das war in der Nazi-Zeit so. Und davon ist er auch danach keinen Zoll abgewichen.“ Mit diesen Worten würdigte Berlins Regierender Bürgermeister den 1974 verstorbenen ehemaligen Landesvorsitzenden der Berliner SPD Franz Neumann.

„Franz Neumann war ein Arbeiterkind aus dem Berliner Bezirk Friedrichshain“, so beschreibt ihn der Historiker Manfred Rexin. „Aufgewachsen in einer sechsköpfigen Familie unter arg bedrängten Wohnverhältnissen, wie sie für proletarisches Leben in der wilhelminischen Klassengesellschaft kennzeichnend waren.“ Mit 14 findet er zur Sozialdemokratie, bewusst er-

lebte er 1918 die Gründung der Republik mit und registrierte in den Jahren danach ihre Bedrohung. Der junge Metallarbeiter bildet sich weiter, wird examinierter Fürsorger und baut Anfang der 30er Jahre am Prenzlauer Berg „Werkstätten für arbeitslose Jugendliche“ auf. Als 1932 die preußische Regierung von der Papen-Regierung entmachtet wird, ist er mit Reichsbanner-Freunden bereit zur Verteidigung der Demokratie. Aber das Reichsbanner wird nicht gerufen. Ein Jahr später jagen ihn die Nazis aus dem Amt, 1934 wird er verhaftet und schwer misshandelt. Diese Erfahrungen prägen ihn, sein Freiheitsbegriff war für ihn auch in der Auseinandersetzung der Nachkriegszeit Orientierung, als die Offerten aus der KPD zur Vereinigung mit der

SPD kamen. Manfred Rexin: „Franz Neumann und seinen Gefährten war dieser Traum nicht fremd gewesen, aber sie erkannten sehr früh, dass das, was da mit sowjetischem Beistand als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands etabliert werden sollte, allen Verheißungen und Zusicherungen zum Trotz nichts anderes war als der Versuch, Sozialdemokraten einem kommunistischen Diktat zu unterwerfen, die Ideen eines demokratischen, freiheitlichen Sozialismus in das Joch leninistischer und stalinistischer Ideologie zu zwingen.“ Zwölf schwierige Jahre lang war Neumann Vorsitzender der Berliner SPD (1946 – 1958), 14 Jahre lang Mitglied des Landesparlamentes (1946 – 1960), 20 Jahre lang Bundestagsabgeordneter (1949 – 1969) und 28 Jahre lang Mitvorsitzender der Berliner Arbeiterwohlfahrt – bis zu seinem Tode. **BS □**

➡ Am 9. Oktober, dem 40. Todestag, findet um 11 Uhr am Grab von Franz Neumann auf dem Friedhof Tegel eine Ehrung der Arbeiterwohlfahrt statt.

Porträt:

„Ich glaube an die Wirkung des Vorbilds“

Wilfried Seiring kann auf 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD zurückblicken

Wilfried Seiring, geboren 1935 in Frankfurt(Oder), mit zwei Brüdern aufgewachsen auf dem Bauernhof des Großvaters in Brandenburg; geflüchtet und vertrieben aus der Heimat, Verlust von Haus und Hof erlebt, zurückgekehrt erst 1947 in das zerstörte Frankfurt, nun Grenzstadt. Dort in einer Teilruine gewohnt, in der Schulzeit immer Vertrauensschüler, 1954 Abitur; dann Studium der Geschichte, Germanistik und Theaterwissenschaft in Greifswald, 1956 relegiert aus politischen Gründen, weil er „drohte den Boden des Sozialismus unter den Füßen zu verlieren, weil er jegliche Gewalt und Diktatur ablehnt, auch die Diktatur des Proletariats, und weil er die Auflösung der Staatssicherheit fordert.“ Er hatte sich mit den ungarischen Studenten solidarisiert, die einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ forderten. Seine Kommilitonen stützten seine Resolution mit 59:1 Stimmen. Die SED verlangte „Bewährung in der volkseigenen Produktion“.

Seiring entzog sich der Verfolgung, flüchtete über Berlin, setzte sein Studium fort, wurde nach dem Examen Lehrer, Schulleiter, Oberschulrat, Leiter des Landesschulamtes Berlin bis zu seiner Pensionierung. Er hatte ergänzend Psychologie studiert und war 14 Jahre nebenberuflich Lehrbeauftragter (für Jugendfragen, Entwicklungspsychologie und Vorschulerziehung) an allen Berliner Universitäten.



Seit 50 Jahren engagiert er sich in der SPD für Demokratie und Gerechtigkeit: Wilfried Seiring.

Am 25. September 1964 wurde er Mitglied der SPD, insbesondere von Willy Brandt und dessen Demokratieverständnis inspiriert. Er wurde als aktiver Gewerkschafter Mitglied des Vorstandes der GEW, Leiter der Internationalen Lehrerkonferenz, der den Lehreraustausch mit Israel organisierte. Er war Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, berufen vom Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker, und danach Leiter der Konzeptkommission für die „Gedenkstätte der Wannsee-Konferenz“, berufen vom Regierenden Bürgermeister Diepgen - alles nebenberuflich.

2000 verlieh ihm Bundespräsident Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz am

Bande. Seit 1998 ist er Direktor des Ausbildungsinstituts für Humanistische Lebenskunde. Drei Jahre davor baute er in Schönwalde Scheune und Stall zum Wohnhaus um. Hier zeichnete ihn die Gemeinde 2011 mit der Ehrenbürger-Medaille aus. Und nach der letzten Wahl wirkt er für die SPD, die ihn aufgestellt hatte, als Fraktionschef in der Gemeindevertretung. Seine Meinung zu den Problemen der Gegenwart, der Gemeinde und seiner Mitbürger kann man in vielen Leserbriefen nachlesen (mehr bei Google).

Befragt nach seinem politischen Credo in Kurzfassung, antwortet er: „Ich bleibe nach den schlimmen Erfahrungen des kriegerischen 20. Jahrhunderts bei Willy Brandts Ziel „Mehr Demokratie wagen!“ Ich bin stolz auf unsere friedvolle deutsche Demokratie und auf unser Grundgesetz. Diese Demokratie ist aber nur so stark, wie sich die Bürgerinnen und Bürger als Demokraten für sie einsetzen. Und dieses Engagement wird nur erreicht und bewahrt durch die Chancen auf Mitwirkung, durch die verständlichen Informationen aus den Gremien und nicht zuletzt durch das vorbildhafte Wirken der gewählten Funktionsträger. Ich glaube aus Erfahrung an die Wirkung des Vorbildes, das ohne tönende Propaganda seine Pflichten zu erfüllen versucht, sich selbst gegenüber, seiner Familie und der Gemeinschaft, der er angehört.“

Lächelnd fügt er hinzu: „Wenn die Gesundheit es zulässt, will ich daran gern aktiv mitwirken.“ **Dr. Katrin Düring □**

Porträt:

Wiederaufbau, Teilung, Zusammenwachsen

Helga Ernst über Waldemar Schulze: Stationen eines sozialdemokratischen Lebens (IV)

Als Volksbildungs-Stadtrat geriet Waldemar Schulze in politisch-juristischen Gegensatz zur CDU-Schulsenatorin. Es ging um den Protest gegen die bevorstehende sogenannte Raketen-Nachrüstung und den GEW-Aufruf „Ein Tag Streik für den Frieden“, an dem auch in Kreuzberg Lehrer und Erzieher teilnahmen.

Vom Schulsenat war am Streiktag die Aufforderung an alle Volksbildungs-Stadträte ergangen, eine Teilnahme in der jeweiligen Personalakte zu vermerken. Dies geschah auch berlinweit - mit einer einzigen Ausnahme: in Kreuzberg. Waldemar Schulzes Credo: „Nachrüstung bedeutet eine unheilvolle Verengung politischen Denkens und Handelns auf Raketen, und die ständig steigende Drohung mit der Vernichtung der Menschheit kann keine Verteidigung für die Erhaltung des Friedens sein.“ Seine konsequente Weigerung, der christdemokratischen Schulverwaltung die Streikenden zu melden, ersparte diesen auch jegliche Auswirkung. Gegen Schulze allerdings wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das nach 4 Jahren mit einer Rüge endete.

Das Nicaragua-Engagement fand nach all dem umtriebigen Helfen und Informieren und nach einigen Ausstellungen mit Bezug zu Nicaragua-Themen in Kreuzberg wie z. B. „Die Mühen der Ebene“ im Bethanien seine krönende Fortsetzung: In der BVV wurde ein Antrag zur Gründung einer Städtepartnerschaft zwischen Kreuzberg und San Rafael del Sur eingebracht. Schulze, zu dieser Zeit noch stellvertretender Bürgermeister, setzte gegen den Widerstand großer Teile der CDU-Fraktion den Beschluss zur Gründung der Partnerschaft um, den der „Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Kreuzberg - San Rafael del Sur e.V.“ bereits vorbereitet hatte. Der CDU-Bürgermeister verweigerte die Unterzeichnung der Partnerschafts-Urkunde, was an seiner Stelle Schulze am 28.1.1986 vornahm. Der Verein besteht heute noch und leistet seit mehr als 28 Jahren wertvoll-erkannte partnerschaftliche Hilfe.

Waldi war in einer Zeit in Kreuzberg tätig, als „Kreuzberger Nächte sind lang“ zur Hymne wurde und der Bezirk an der Tankstelle Schlesisches Tor endete. Wo sich Linke und Linkere in der SPD sammelten, wo ganze Gruppen ausgeschlossen wurden - was auch Waldi nicht verhindern konnte.

Es war die Zeit, in der Abwanderung gestoppt werden musste und die Türken zuverlässig dabliefen, in der Schulen aus al-



Waldemar „Waldi“ Schulze.

Foto: Horb

len Integrationsnähten platzten und Berlin dem Bezirk einen „Sozialzuschlag“ gewährte. Es war die Zeit der ersten 1.-Mai-Krawalle, als die Glaser zusätzliche Reparaturaufträge bekamen. Es war die Zeit der U-Bahn-Treppen-Hocker: „Haste ma 'ne Mark?“ Es war die Zeit, in der Zehlendorfer und in- und ausländische Besucher den „Zoo“ Kreuzberg heimsuchten.

Es gab schräge und schrägste Mitbewohner, es gab Trunkenbolde und Krawallbrüder und -schwestern, und es gab die rattengeschmückten Hausbesetzer. Langweilig wurde es in Kreuzberg nie; die Genossen hatten immer alle Hände und Köpfe voll zu tun. Und immer war Waldi Schulze dabei, hat mitgetan und mit entschieden, hat Konflikte gemildert und Unebenheiten beseitigt. Ein Kreuzberger Sozialdemokrat.

Nach Ablauf der achtjährigen Mitgliedschaft in der Bezirksamts-Leitung widmete sich Waldemar bis 1993 der Arbeiterwohlfahrt Kreuzberg als deren Vorsitzender und zudem als gewähltes Mitglied im Landesverband der AWO. In der AWO war er zuständig für die Sozialen Dienste (Hauspflege und Hauskrankenpflege). Er war zudem Mitglied im Walter Friedländer Bildungswerk und in dessen Vorstand. Ein herausragendes Ereignis in dieser Zeit war eine Fahrt quer durch Israel, die zusammen mit dem Partnerverein durchgeführt wurde.

Schon viele Jahre ging Waldi seinem Hobby, der Kleingärtnerei, in Britz nach, sozusagen außerhalb. Er war von 1989 an neun Jahre lang Vorsitzender der Dauerkleingartenanlage (sprich: Laubenkolonie) „Marienfelder Weg“ in Britz, die aus immerhin 420 Parzellen bestand. Er war gleichzeitig Mitglied im Bezirksverbands-Vorstand der Kleingärten. Die Kleingärten waren seit langen Zeiten eine Domäne der Sozialdemokratie, und Waldi setzte mit

dem ihm eigenen Engagement sozialdemokratische Tradition fort. 1996 zog es Waldemar nach Großziethen, getreu dem Motto: „Jetzt wohnt zusammen, was zusammen gehört.“ Im März '96 wurde der SPD-Ortsverein Großziethen gegründet; Waldi wurde 13. Mitglied. (Die Zahl stieg später bis auf weit über 20.) 1998 hat die SPD erstmals sehr erfolgreich an der Wahl zur Gemeindevertretung teilgenommen: Sie stellte im Ergebnis 10 Gemeindevertreter und den Bürgermeister; 4 Sitze fielen an die CDU. Bis 2003 war Waldi Vorsitzender der SPD-Fraktion. Großziethen war eine Gemeinde mit wachsender Einwohnerzahl; sie betrug 2003 schon 5.500.

Waldi erreichte auch in Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU vieles in der Gemeinde in diesen 5 Jahren: Es wurden Kindertagesstätten eingerichtet und ein Jugendclub, es wurde ein Sportplatz gebaut und eine Mehrzweckhalle, Straßen-, Fuß- und Radwege wurden neu gebaut, die Schule fortlaufend saniert. „Und trotzdem haben wir keine Schulden hinterlassen“, so Waldi mit Stolz.

Nach der Gemeindegebietsreform in Brandenburg 2003 wurde Schönefeld Großgemeinde und Großziethen „Ortsteil“. In der folgenden Wahl 2003 wurde Schulze - bis 2008 - Mitglied der Gemeindevertretung Schönefeld und Vorsitzender der SPD-Fraktion, die allerdings nur noch aus 4 von insgesamt 20 Gemeindevertretern bestand. Gleichzeitig war Schulze Mitglied im Ortsbeirat Großziethen.

Die Nominierungen und Wahlen bezeugen, dass Schulze auch im neuen Umfeld in der Partei und von der Bevölkerung schnell aufgenommen und akzeptiert wurde.

Es kamen wie selbstverständlich zu den Mandaten einige Ehrenämter hinzu, z.B. wurde er Delegierter zum Unterbezirks-Parteitag 1996, wurde 1998 Mitglied in der Schiedskommission des Unterbezirks Dahme-Spreewald und von 2000 - 2004 deren Vorsitzender.

Die Zeit der Mandate ist vorüber. Waldemar Schulze wurde 2011 bereits für 60 Jahre SPD-Mitgliedschaft und 60 Jahre AWO-Mitgliedschaft geehrt. Die nächste Ehrung bei den Falken steht in 3 Jahren an - für dann 70 Jahre Mitgliedschaft. Er wurde geehrt von einer Unzahl Organisationen, in denen er Ehrenämter innehatte und hat. Unvorstellbar für ihn, sich nicht mehr in die Politik einzumischen. Seine Erfahrungen, sein Rat, seine Kritik sind unverzichtbar. (Dieses Wort hätte er gern gestrichen.) Sein Leben wird ein sozialdemokratisches Leben bleiben.

Helga Ernst □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

Erinnerung an die Gründung der SDP

Im Rahmen der Ausstellung „Keine Heldengeschichten“ im Bürgerbüro der Pankower SPD-Abgeordneten Clara West finden im Oktober noch zwei Gesprächsrunden statt.

Über die Anfänge der SDP berichtet Karl-Heinz Gewalt, aufgewachsen in der Naugarder Straße 2, Fleischer- und Rudermeister, Ökonom und ehemaliger Bezirksstadtrat in Prenzlauer Berg am 10. Oktober ab 19 Uhr. Dr. Hans-Peter Seitz, Physiker und im Strudel der Ereignisse mitgerissen bis zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, wird am 17. Oktober ab 19 Uhr aus seinen Erinnerungen berichten. **PM** □

➔ „Keine Heldengeschichten“ - 25 Jahre nach der Gründung der SDP, Ausstellung und Veranstaltungsreihe im Bürgerbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

Mit Iris Spranger zu LOXX Miniaturwelten

Im Rahmen ihrer Reihe „Blick hinter die Kulissen“ lädt die SPD-Abgeordnete Iris Spranger am 10. Oktober zu einer Führung in die Miniaturwelten LOXX am ALEX ein.

Mit den Berliner Sehenswürdigkeiten im Maßstab 1:87 auf 760 m² ist sie die drittgrößte Modellbahnanlage der Welt. Beim anschließenden Gespräch mit Iris Spranger, dem Ausstellungsleiter der LOXX Miniaturwelten Jorg Wreh und Oliver Hanna, Centermanager ALEXA, geht es um die Frage, wie es rund um den Alexanderplatz weiter geht. **BS** □

Freitag 10. Oktober 2014, um 18.00 Uhr Führung, um 19.00 Uhr Gesprächsrunde (für Kinderbetreuung ist gesorgt). Treffpunkt: LOXX Miniaturwelten am ALEX, im ALEXA, 3. Obergeschoss in der Freizeitwelt, Grunerstraße 20, 10179 Berlin

Kosten: 6,- Euro Erw. / 3,50 Euro Kinder (vor Ort direkt zu bezahlen). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Teilnahme bitte anmelden bis zum Montag, 6. Oktober 2014, an spd-buergerbuero.ollech.spranger@web.de

T TERMINE

■ 07.10.2014, 17:00 - 22:00, SPD Parteivorstand, **25 Jahre Sozialdemokratie in Ostdeutschland - Sternstunde der Demokratie**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

■ 07.10.2014, 19:30, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Rund um den Karl-August-Platz, **Zur aktuellen Entwicklung in der Ukraine**, mit Johannes Posth, 25 Jahre beruflich in der Sowjetunion, Russland und in der Ukraine tätig, und Dr. Ute Finckh-Krämer, Bundestagsabgeordnete aus Berlin, Bürgerbüro Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 07.10.2014, 07:30 - 09:00, **Infostand mit Björn Eggert**, MdB - Kreuzberg, U-Bhf. Kottbusser Tor, 10999 Berlin

■ 7.10.2014, 18 Uhr, **Kreisdelegiertenversammlung und Mitgliederforum der SPD Reinickendorf mit Vorstellung der Kandidaten** für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, (s. S. 4)

■ 08.10.2014, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum 3**, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, 10318 Berlin

■ 8.10.2014 15:30-17 Uhr, **Bürgersprechstunde mit Jörg Stroedter**, MdB - SPD-Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin (Anmeldungen erbeten: 030-70178034).

■ 08.10.2014, 14:00 - 16:30, AG 60plus Berlin + Berliner Seniorentreff, **Senioren debattieren im Parlament**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

- 08.10.2014, 19:00, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Gute Arbeit, gute Rente. Diskussionsrunde zum aktuellen Arbeits- und Sozialpolitik**, AWO Spandau, Herbert-Kleusenberg-Haus, Grimmnitzstr. 6C, 13595 Berlin
- 09.10.2014, 17:00 - 18:00 **Frank Jahnke, MDA - Charlottenburg, Sprechstunde**, Bürgerbüro Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin
- 10.10.2014, 17:00, SPD Mitte - Abt. Moabit Nord, **Ein Jahr große Koalition**, Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Peer Steinbrück und Eva Högl, Mitglieder des Bundestages, Arminiusmarkthalle, Arminiusstraße, 10551 Berlin,
- 10.10.2014, 19:00, Clara West, MDA - Panikow, "Keine Heldengeschichten" - **25 Jahre nach der Gründung der SDP, mit Karl-Heinz Gewalt**, Bürgerbüro von Clara West, MDA, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin
- 10.10.2014, 12:30 - 13:30, **Ralf Wieland, MDA - Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Bellermannstraße 19 a, 13357 Berlin
- 10.10.2014, 19:00, SPD Neukölln, Neuköllner Mitgliederforum - parteiöffentlich, (s. S.4)
- 10.10.2014, 18:00, Iris Spranger - MDA, **Blick hinter die Kulissen - Miniaturwelten LOXX**, LOXX Miniaturwelten am ALEX, im ALEXA, 3. Obergeschoss in der Freizeitwelt, Grunerstraße 20, 10179 Berlin (s. S. 14)
- 10.10.2014, 16:00 - 17:30, SPD Spandau AK Pflege + AWO Spandau, **Entlastungsangebote für Angehörige, die Menschen mit Demenz pflegen**, Herbert-Kleusenberg-Haus der AWO-Spandau, Tagespflege, Grimmnitzstr. 6 c, 13595 Berlin
- 10.10.2014, 11:00 - 12:00, **Brigitte Lange, MDA - Reinickendorf - Märkisches Viertel / Lübars, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Anmeldung unter 030/69 81 87 13 oder an buero(at)brigitte-lange.de wird erbeten.
- 14.10.2014, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum 4**, Bayer HealthCare Pharmaceuticals, Auditorium, Müllerstr. 178, 13353 Berlin. Anmeldung erbeten unter [\[berlin.de/mitgliederforum4\]\(http://berlin.de/mitgliederforum4\)](http://www.spd-</p>
</div>
<div data-bbox=)

- 14.10.2014, 16:00, AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf, Wohnbaupotentiale in Charlottenburg-Wilmersdorf. **Nach Bürgerentscheid Oeynhausen, was nun?** Mit Marc Schulte, Bezirksstadtrat Stadtentwicklung und Ordnungsangelegenheiten, Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 15.10.2014, 19:00, Franziska Becker, MDA, **Willy Brandt und Helmut Schmidt: Geschichte einer schwierigen Freundschaft - Lesung mit Gunter Hofmann**, Bürgerbüro, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin (s. S.7)
- 15.10.2014, 19:00, Torsten Schneider, MDA | Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Der Islamische Staat in Syrien und Irak - Welche außen- und innenpolitischen Herausforderungen kommen auf Deutschland zu?** Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 311, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 15.10.2014, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MDA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 16.10.2014, 11:00 - 14:00, Daniel Buchholz, MDA - Spandau, **Daniel Buchholz lädt ins Abgeordnetenhaus**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin. Teilnahme nur nach bestätigter Anmeldung vorzugsweise per Mail mit Ihrem vollen Namen, Ihrer Adresse und der gewünschten Veranstaltung an info@daniel-buchholz.de. Sie können auch anrufen 030 - 23 25 22 80.
- 17.10.2014, 19:00, Clara West, MDA - Panikow, "Keine Heldengeschichten" - **25 Jahre nach der Gründung der SDP mit Hans-Peter Seitz**, Bürgerbüro von Clara West, MDA, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin
- 20.10.2014, 17:00, **FA XI Mobilität, Baustellenbegehung bei der BVG an der Deutschen Oper**, Berlin Charlottenburg, Treffpunkt: 16.50 in der westlichen Verteilerhalle / Zugang U-Bahnhof Deutsche Oper. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt. Anmeldungen bis spätestens 15.10, 18:00 Uhr unter sybille-uken@t-online.de

- 22.10.2014, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MDA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro Karin Halsch, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 28.10.2014, 17:00 - 18:00, **Andy Jauch, MDA - Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenberg, Sprechstunde**, Restaurant „Bei Jorgo“, Kieffholzstraße 191, 12437 Berlin
- Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

BÜRGERBÜROS

In dieser und den kommenden Ausgaben setzt die Berliner Stimme den Überblick über die bisher eingerichteten Bürgerbüros von SPD-Abgeordneten in den Bezirken fort (Öffnungszeiten ohne Gewähr).

- **Bürgerbüro Nikolaus Karsten**, Bernhard-Lichtenberg-Straße 23, 10407 Berlin, Website: www.nikolaus-karsten.de, Mail: nikolaus.karsten@spd.parlament-berlin.de. Öffnungszeiten: Dienstag und Donnerstag: 10:00 bis 17:00 Uhr, Mittwoch: 10:00 bis 13:00 Uhr.
- **Bürgerbüro Dr. Susanne Kitschun**, (mit Sven Heinemann, MDA, und Cansel Kiziltepe, MdB) Grünberger Straße 4, 10243 Berlin, Mail: susanne.kitschun@spd.parlament-berlin.de
- **Bürgerbüro Irene Köhne**, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin. Aktuelle Öffnungszeiten unter www.irenekoehne.de/. Mail: irene.koehne@spd.parlament-berlin.de
- **Bürgerbüro Dilek Kolat**, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin, Telefon: 9150 2700, Website: www.dilek-kolat.com, Mail: wahlkreisbuero@dilek-kolat.com. Öffnungszeiten: Dienstag: 15:00 bis 18:00 Uhr, Donnerstag: 11:00 bis 14:00 Uhr und nach Vereinbarung.
- **Bürgerbüro Ole Kreins**, Margaretenstraße 11, 10317 Berlin, Telefon: 030 - 21 47 16 12, Website: ole-kreins.de, E-Mail: buergerbuero@ole-kreins.de. Öffnungszeiten: Montag, Dienstag: 10:00 bis 16:00 Uhr, Donnerstag, Freitag: 10:00 bis 14:00 Uhr, jeden 3. Donnerstag im Monat: 10:00 bis 12:00 Uhr - Sozialberatung, jeden 4. Montag im Monat: 13:00 bis 16:00 Uhr - Hartz-IV-Beratung.

Sa 18. Oktober, 11-16 Uhr: Wohnungsgenossenschaften vor Ort (6). Eine Bustour durch den Bezirk Mitte

Der Bezirk Mitte mit seinen Stadtteilen Wedding, Tiergarten und Moabit spiegelt vielfältige Formen und Entwicklungslinien von Wohnungsgenossenschaften wider. Die Tour im historischen Bus führt zu ihren Anfängen in den Arbeitervierteln des „roten Wedding“, über Siedlungen der 1920er Jahre bis zur Ära des Sozialen Wohnungsbaus. Eine jüngere Initiative zeigt, wie durch Erwerb der eigenen Bestände aus Mieter*innen Genossenschaftsmitglieder wurden. Wir kommen mit Mitarbeiter*innen und Vorständen ins Gespräch und haben in Moabit Gelegenheit, einen Gemeinschaftstreff und eine Musterwohnung zu

Veranstaltungen des August-Bebel-Instituts

Anmeldungen erbeten unter anmeldung@august-bebel-institut.de

besichtigen. Mit: Renate Amann (Architektin, Genossenschaftsforum e.V.), Beitrag 10 €, Anmeldung bis 10. Oktober [X40]

Sa 25. Oktober, 10-17 Uhr: Motiviert in die Politik einsteigen - Anregungen für ein erfolgreiches Engagement

Was brauche ich, wenn ich politisch etwas gestalten möchte? Auf welcher Ebene kann ich mich in politische Prozesse einbringen? Worauf kommt es an, wenn ich mit meinem Anliegen Gehör finden will?

Für viele, die sich politisch engagieren wollen, stellen sich zu Beginn die Fragen des Wo und Wie. Unser Workshop gibt Anregungen dazu, wie wir den Freizeitspaß "Politik machen" motiviert und realistisch angehen können. Als Gesprächspartner*in ist ein*e Politiker*in eingeladen und kann zu seinen*ihren Motiven und Erfahrungen im politischen Werdegang befragt werden. Leitung: Lea Lölhöffel (Betriebswirtin), Stefan Wegner (Politologe), Beitrag 10 € inkl. Verpflegung, Anmeldung bis 11. Oktober [X42]

Vorankündigung: Ausstellungseröffnung „Vom K.G.B. zum V.B.K. - eine Spurensuche in Lichtenberg und Wedding“, Mo 10. November, 18-20 Uhr

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Augenspaziergänge im Wedding

Ausstellung: Natascha Ungeheuers Zeichnungen und Aquarelle

Seit fünfzig Jahren malt Natascha Ungeheuer in verschiedenen bildnerischen Techniken. Parallel zur Präsentation ihrer Ölbilder im Willy-Brandt-Haus zeigt die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus in einer Ausstellung Gouachen, Zeichnungen, Aquarelle und Lithographien der Künstlerin.

Ihre großen Bilder sind ein Welttheater, man kann sich nicht satt sehen. Die Künstlerin Gaby Peters: „Es ist die Kraft ihrer Subjektivität, die Fenster zu einem nie gesehnen Panorama aufstößt, die den Blick auf Hintergründiges lenkt, die beengende Häuserschluchten aufspaltet und durch die Schlitzte der beidseitig geschobenen Stellwände unserer Wahrnehmung das Unwahrscheinliche ins Blickfeld schiebt.“ Auch ihre kleineren, oft sehr zarten Arbeiten berühren mit verspielter Heiterkeit und tiefem Ernst, man sieht sich beglückt.

Natascha Ungeheuer wurde in Blumenfeld im Länderdreieck bei Basel geboren. Nach dem Tanzstudium bei Harald Kreuzberg in Bern kam sie 1962 nach West-Berlin, tanzte bei Mary Wigman, reiste quer durch Europa und begann 1964 zu malen. Seit 1964 war sie gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten Johannes Schenk, der am 4. Dezember 2006 plötzlich verstorben ist, in Berlin und Worpswede. Heute lebt sie in Kreuzberg. Für viele Bücher bekannter Autoren schuf die Künstlerin phantasievolle Illustrationen, darunter für Bücher von Edgar Hilsenrath, für Jaroslav Haseks „Von Scheidungen und anderen tröstlichen Dingen“, Christian Morgensterns „Es läutet bei Professor Stein“ und Wolf Biermanns „Das Märchen vom Mädchen mit dem Holzbein“.

➔ Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Berlin-Mitte, Müllerstraße 163, U und S-Bhf. Wedding, Eröffnung der Ausstellung „AUGENSPAZIERGÄNGE“, Gouachen, Zeichnungen, Aquarelle und Lithographien von



„Nachtfalter“ von Natascha Ungeheuer.

Natascha Ungeheuer, Mittwoch, 8. Oktober 2014, 19 Uhr. Begrüßung & Einführung: Eckhardt Barthel & Winfried Sühlo. Die Künstlerin ist anwesend. **BS** □

➔ Dauer der Ausstellung: 8. Oktober bis 5. November 2014, Öffnungszeiten Mi, Do, Fr 16 – 18 Uhr und nach tel. Vereinbarung (8837914 u. 4692150)

Freunde der Musik

Gründungsfest im Musikinstrumentenmuseum

Ein „Fest der Freunde“ mit Musik und Diskussionen veranstalten die Freunde des Musikinstrumenten-Museums Berlin am 19. Oktober ab 12 Uhr. Es ist zugleich das Gründungsfest des neuen Vereins.

Die Freunde des Musikinstrumenten-Museums Berlin haben sich zum Ziel gesetzt, das Musikinstrumenten-Museum zu fördern, beim Ausbau und Erhalt seiner Sammlung zu unterstützen sowie die öffentliche Wahrnehmung des Museums zu verstärken.

KULTURTIPPS

Fußball auf der Bühne. Im Theater im Palais inszeniert und spielt der Regisseur, Schauspieler und leidenschaftliche Fußballfan Stefan Kleinert das Leben der Fußball-Ikone Jörg Berger, der wie kein Zweiter den deutsch-deutschen Fußball geprägt hat und im Oktober seinen 70. Geburtstag gefeiert hätte. Berger war als „Feuerwehrmann“ bekannt und rettete Vereine wie den FC Köln, Schalke 04 und - bis heute unvergessen - Eintracht Frankfurt in dem legendären Abstiegsfinale von 1999 mit einem 5:1 gegen den 1. FC-Kaiserslautern.

Die Spielfassung Kleinerts basiert auf dem im Rowohlt Verlag erschienenen Buch „Meine zwei Halbzeiten“ von Jörg Berger und wird am 12. Oktober im Theater im Palais uraufgeführt. Die Familie und Wegbegleiter Jörg Bergers werden zur Premiere erwartet. Das Theater steht für Geschichten von heute – für die Suche nach dem Gegenwärtigen in klassischen und zeitgenössischen Stoffen. **PM** □

➔ THEATER IM PALAIS – Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin Mitte Alle Karten und weitere Termine unter: (030) 20 10 693 und www.theater-im-palais.de.

Der Verein will gemeinsam mit dem Museum Projekte planen und durchführen. Insbesondere wollen sich die Freunde bei der kulturellen Bildung im Rahmen von Konzerten, Ausstellungen, wissenschaftlichen Tagungen, Führungen sowie Kinder- und Jugendprojekten, Nachwuchsstipendien und Praktika engagieren. Vorsitzender des Vereins ist Prof. Dr. Ulrich Eckhardt, u.a. ehemaliger Geschäftsführer und Intendant der Berliner Festwochen. **PM** □

➔ Musikinstrumentenmuseum, Ben-Gurion-Straße, www.freunde-mim.de